

**: Perspektiven auf
Global Governance.
Die sef: 2019
Jahresbericht**



Impressum

Herausgeberin:
Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:)
Dechenstr. 2 | 53115 Bonn
Tel. 0228 | 9 59 25-10
Fax: 0228 | 9 59 25-99
E-Mail: sef@sef-bonn.org
Website: www.sef-bonn.org
Twitter: [@sefbonn](https://twitter.com/sefbonn)
Youtube: [sefbonn](https://www.youtube.com/sefbonn)

© Stiftung Entwicklung und Frieden 2020
Fotos alle sef: außer Cover von Ronny Edry, S. 18 und S. 31 von Jörg Such
Texte: Dr. Mischa Hansel, Larissa Neubauer, Dr. Michèle Roth
Redaktion: Dr. Mischa Hansel, Dr. Michèle Roth
Design Basiskonzept: Pitch Black Graphic Design, Berlin/Rotterdam
Gestaltung: Gerhard Süß-Jung

Druck: The Happy Printer, Bonn
Gedruckt auf zertifiziertem Papier – FSC und Blauer Engel

Inhaltsverzeichnis

sef: 2019

Editorial	3
---------------------	---

sef: Themen

Programmbereich I: Normative Herausforderungen für Global Governance

Die unverzichtbare Weltorganisation: 75 Jahre Vereinte Nationen	5
Schlaglicht: Ein UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten und die EU	9
Globale Regeln gegen Desinformation und Manipulation im Netz	10
Schlaglicht: Globaler Investigativjournalismus und die Stärkung der Demokratie	11

Programmbereich II: Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung.

Regionale und lokale Umsetzung

Menschen mit der richtigen Botschaft für Nachhaltigkeit gewinnen	12
Schlaglicht: Die Zukunft der Arbeit gestalten	16

Programmbereich III: Internationale Verantwortung in Krisen und Konflikten

Partizipation oder Polarisierung? Soziale Medien und gesellschaftlicher Frieden	17
Regionale Friedenssicherung in Afrika	20
Wiederaufbau als Chance? Die Rolle externer Akteure in der MENA-Region	24

sef: Finanzen

Finanzbericht	27
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2019	28
Bilanz zum 31.12.2019.	29

sef: Intern

sef: Vorstand	31
sef: Kuratorium.	31
sef: Beirat	32
sef: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	33
Kooperationspartner und Förderer	33
Veranstaltungen, Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit 2019	34

• **sef: 2019**

Editorial

Mit diesem Jahresbericht blicken wir zurück auf ein vielfältiges, intensives und spannendes Jahr 2019. Unsere Projekte nahmen uns mit auf eine Reise durch die Welt – oder vielmehr: sie brachten die Welt zu uns. Die imaginäre Route führte uns in den Nahen und Mittleren Osten, wo wir uns mit Fragen des Wiederaufbaus nach gewaltsamen Konflikten und seiner Unterstützung durch externe Akteure befassen. Sie brachte uns auf den afrikanischen Kontinent und zu Herausforderungen der dortigen regionalen Friedenssicherung. In Lateinamerika lernten wir eindrucksvolle Beispiele kennen, wie durch kleine private Initiativen der öffentliche Raum in Metropolen nachhaltiger gestaltet werden kann. Wir reisten durch virtuelle Welten und begegneten den Gefahren und Potenzialen der sozialen Medien.

So unterschiedlich diese Orte auch waren, wir trafen immer wieder auf ein zentrales Thema: die Frage nach der Zukunft der Demokratie als Staatsform und Gesellschaftsmodell. Die Herausforderungen, denen sich alte wie neue Demokratien – und auch internationale Institutionen wie die Vereinten Nationen (UN) – gegenüber sehen, sind vielfältig und im Kern doch zumeist auf ein Phänomen zurückzuführen: die immer weiter fortschreitende Globalisierung, für die der Harvard-Professor Dani Rodrik den Begriff der Hyper-Globalisierung geprägt hat. Diese Form der ungezügelten wirtschaftlichen Globalisierung hat zum Aufschwung rechtspopulistischer Bewegungen beigetragen. Zumeist unter der Führung „starker Männer“ stellen sie sich vermeintlich gegen eine global vernetzte politische und wirtschaftliche Elite und scharen (nicht nur) Globalisierungsverlierer hinter sich.

Ihre Politik richtet sich insbesondere gegen diejenigen Menschen, die auf der Suche nach Schutz und einem menschenwürdigen Leben vor Krieg, Terror, und ja, auch vor Hunger, Elend und Perspektivlosigkeit fliehen. Auf Druck populistischer Bewegungen werden weltweit Grenzen geschlossen, Menschenrechte missachtet, Bedürftige im Stich gelassen. Die Achtung der Grundrechte hat in der Folge weltweit abgenommen, wie zuletzt der Rule of Law Index 2020 des World Justice Project aufzeigte (WJP Rule of Law Index 2020 Insights). Dies geht nicht nur zulasten der Betroffenen, sondern schadet auch dem Ansehen der Demokratie als Staatsform und der Glaubwürdigkeit von Demokratien im internationalen Raum, wo sie für Rechtstaatlichkeit, Liberalität und Menschenrechte werben.

Auch nach innen stehen Demokratien unter Druck. Die Polarisierung innerhalb von Gesellschaften und die Verrohung in der politischen Auseinandersetzung nehmen weltweit zu. Soziale Medien erleichtern

die Verbreitung von verfälschten Nachrichten und Hassbotschaften; die Digitalisierung eröffnet – neben allen positiven Eigenschaften – auch neue Möglichkeiten zur Manipulation demokratischer Prozesse. In immer mehr Ländern nutzen autokratisch veranlagte Politiker/innen gezielt diese Instrumente. Das hat mit dazu geführt, dass die Autokratie gemäß dem Democracy Report 2020 (V-Dem Institute) Ende 2019 erstmals seit 1991 wieder die vorherrschende Staatsform war. Allerdings wachsen auch die Widerstände – Protestbewegungen nehmen weltweit zu.

Welche Folgen die Corona-Pandemie, die die Welt 2020 hat innehalten lassen, für die skizzierten Herausforderungen haben wird, ist noch nicht absehbar. Denkbare Szenarien reichen von einer Neubesinnung auf das (Welt)Gemeinwohl und auf globale Solidarität bis hin zu einer Zunahme internationaler Konflikte, nationalistischer Abschottung und autoritärer Herrschaft. Zu hoffen ist, dass Institutionen, die für globale und regionale Kooperation stehen – wie die UN oder die EU – letztlich gestärkt aus dieser Krise hervorgehen werden. Möge es der Politik gelingen, die Globalisierung in der Folge der Corona-Krise im Sinne einer menschenwürdigen nachhaltigen Entwicklung aktiv zu gestalten und dabei die Demokratie neu zu beleben. Die sef: wird die politische Debatte weiterhin konstruktiv begleiten und gemeinsam mit Fachleuten aus allen Weltregionen Handlungsoptionen von der lokalen bis zur globalen Ebene aufzeigen.

Schließen möchten wir dieses Editorial mit einem besonderen Dank an Renate Hendricks, die die Geschicke der sef: bis Anfang 2020 als Vorstandsvorsitzende umsichtig und engagiert leitete sowie an ihre ebenfalls ausgeschiedenen Vorstandskollegen Prof. Dr. Helmut Breitmeier und Prof. Dr. Tobias Debiel.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre in dieser herausfordernden Zeit!



Oliver Krauß MdL
Vorsitzender des Vorstandes



Dr. Michèle Roth
Geschäftsführerin

• **sef: Themen**

Programmbereich I: Normative Herausforderungen für Global Governance

Die unverzichtbare Weltorganisation: 75 Jahre Vereinte Nationen

Im Jahr 2020 feiern die Vereinten Nationen (UN) ihren 75. Geburtstag. Sie schauen zurück auf eine Geschichte voller Krisen und Herausforderungen, aber auch beachtlicher Erfolge. Unter den gegenwärtigen geopolitischen Rahmenbedingungen mag jedoch keine Feierstimmung aufkommen. Einmal mehr stehen die UN unter erheblichem Druck. Zugleich könnte der Übergang zu einer neuen Welt-



Internationaler sef: Experten-Workshop 2019 in Duisburg

ordnung Chancen für eine Neubelebung der UN und Fortschritte in der Reform ihrer Strukturen bieten. Welche Rolle soll den UN künftig zukommen? Wie müssen Strukturen und Arbeitsprozesse verändert werden, um die Wirkungsmacht der UN zu erhöhen? Und welche neuen Koalitionen zeichnen sich ab, die es den UN ermöglichen, den in ihrer Charta verankerten Grundsätzen gerecht zu werden? Diese Fragen stellte die sef, gemeinsam mit dem Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) an der Universität Duisburg-Essen, im September 2019 rund 30 Fachleuten aus aller Welt beim Internationalen sef: Expertenworkshop in Duisburg.

Die UN – gefangen in der Nachkriegs-Weltordnung?

Am 1. Januar 1942 unterzeichneten 26 Länder – vereint im Kampf gegen die Achsenmächte – die „Declaration by United Nations“ in Washington D.C. Dieses Kerndokument für die spätere Gründung der UN sei sowohl ein klares Bekenntnis zum Multilateralismus als auch eine Machtdemonstration des Ansatzes kollektiver Problemlösung, argumentierte ein Experte zu Beginn des Workshops. Es folgte die Gründung der Vereinten Nationen in einer „machtvollen Mischung zwischen Realismus und Idealismus“. Wenn

man auf die Geschichte der UN zurückblicke, fänden sich viele Beispiele, wo die UN entscheidend zum Wohl aller und zu menschlichem Fortschritt beigetragen haben, so der Redner weiter, z.B. im Hinblick auf die Dekolonisierung, Frauenrechte, Gesundheit, Klimawandel etc.

Nicht alle Expertinnen und Experten stimmten der positiven Bewertung der Gründungsgeschichte der UN zu. Aus Sicht derjenigen, die nicht in Washington D.C. und später in San Francisco vertreten waren, dienten viele Vereinbarungen lediglich dem Interesse der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs. Viele Länder des Globalen Südens hätten die sogenannte „liberale Ordnung“ als eine illiberale erlebt. Die Dekolonisierung etwa, wandte eine Rednerin ein, sei nicht ein Erfolg der UN gewesen. Sie sei nicht durch Multilateralismus erreicht worden, sondern durch die Völker selbst, die lange für ihre Selbstbestimmung kämpfen mussten.

Dass Länder wie Indien die UN immer noch unterstützten – trotz ihrer Defizite und Schief lagen – liege daran, dass sie an der globalen Politikgestaltung mitwirken wollten, fügte sie hinzu. Es gebe in diesen Ländern ein weitverbreitetes Verständnis, dass viele globale und regionale Herausforderungen nur multilateral gelöst werden könnten. Zudem überwiege die Wahrnehmung, dass die Länder des Globalen Südens die UN mehr benötigten als der Globale Norden. Allerdings kämen die Institutionen des 20. Jahrhunderts nicht den Bedürfnissen des 21. Jahrhunderts nach, stimmten die Vertreter/innen von Schwellen- und Entwicklungsländern beim Workshop überein. Die UN müssten transformiert werden, so ihre Forderung.

Machtstrukturen aufbrechen – die Perspektive Chinas und Indiens

Eine systematische Vorstellung davon, wie eine neue Weltordnung aussehen und wie sie realisiert werden könnte, fehlt jedoch bislang. Im Globalen Süden überwiegt die Wahrnehmung, dass es kein geeignetes Forum gibt, um Ideen für eine UN-Reform voranzubringen. Stattdessen versanden Vorschläge in den alten Machtstrukturen. Wie könnten diese aufgebrochen werden? Und durch wen?

Als Mitglied des UN-Sicherheitsrates kommt China eine besondere Rolle unter den Schwellenländern zu. China ist bereits der zweitgrößte Beitragszahler zum regulären UN-Haushalt sowie für die UN-Friedensmissionen. Die Regierung des Landes strebe eine Neuausrichtung der internationalen Beziehungen an,

habe aber noch keine klaren Vorstellungen davon, so ein China-Experte. Das Konzept einer „Gemeinschaft für eine gemeinsame Zukunft der Menschheit“ („a community of shared future of mankind“) sei bislang diffus. Die internationalen Aktivitäten Chinas seien wegen mangelnder Koordinierung zwischen den einzelnen Regierungsinstitutionen inkonsistent. Bislang



Internationaler sef: Experten-Workshop 2019 in Duisburg

zeichne sich deshalb keine genuin chinesische Version von Global Governance ab. Stattdessen versuche China, bestehende Regeln im eigenen Interesse zu modifizieren.

Indien wiederum verstehe sich als künftige Weltmacht, die sich zu Rechtsstaatlichkeit und internationaler Kooperation bekenne, erläuterte eine andere Expertin. Indien könnte dem Multilateralismus deshalb eine entscheidende Stütze sein. Allerdings verbitte sich das Land Kritik von außen, etwa zum Thema Menschenrechte. Dies gelte umso mehr, als dass der Westen selbst keine glaubhafte Menschenrechtsbilanz aufweise. Generell bevorzuge sie eine regelbasierte Ordnung – so die Expertin weiter. Die Frage sei nur, wer die Regeln mache. Am Beispiel der Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs), an deren Entwicklung Indien sehr aktiv und erfolgreich mitgewirkt habe, verdeutlichte sie, dass Indien freiwillige Verpflichtungen ohne starkes externes Monitoring bevorzuge. Das liege auch daran, dass Indiens eigene Ansprüche manchmal höher seien als das, was in der Realität erreichbar sei.

Die Dichotomie zwischen Globalem Süden und Globalem Norden überwinden

Vor allem kleine und mittelgroße Länder haben ein natürliches Interesse an einer regelbasierten multilateralen Ordnung. In einer Welt, in der sich Großmächte – allen voran die USA – vom Multilateralismus zu verabschieden scheinen, stellt sich die Frage, ob neue Koalitionen von Mittelmächten eine entscheidende Rolle spielen könnten. Oder, wie es

eine Rednerin formulierte: „Werden sie etwas tun, um das System zu retten, das ihnen so gut gedient hat?“ Eine eindeutige Definition für „Mittelmächte“ gibt es indes nicht; auch sind ihre Interessen sehr unterschiedlich. Ein entscheidender Schritt könnte darin liegen, die Dichotomie zwischen Mittelmächten des Globalen Südens und des Globalen Nordens aufzulösen. Die Identifizierung eines gemeinsamen Projektes könnte hierfür der Schlüssel sein, erläuterte eine Expertin. Zurzeit würden die Länder des Globalen Nordens viele Normbildungs-Initiativen von Ländern des Globalen Südens blockieren. Beispiele seien die Verhandlungen über ein Abkommen zu Unternehmen und Menschenrechten oder die Initiative der G77 zur Stärkung der Kooperation im Bereich der Steuern.

Als ein positives Beispiel für Koalitionsbildung wurde die „Allianz für Multilateralismus“ – eine deutsch-französische Initiative – genannt. Die Idee ist, eine offene Plattform für eine flexible Zusammenarbeit zu gemeinsamen Zielen in verschiedenen Feldern anzubieten, von Klimawandel über Cybersicherheit bis hin zu Menschenrechten. Es gehe nicht um Club-Governance, erläuterte eine Referentin. Die Teilnehmerzahl sei nicht begrenzt, solange interessierte Länder mit den gemeinsamen Zielen übereinstimmen. Allerdings zögerten viele Ländern noch, der Initiative beizutreten aus Furcht, diese könnte als antiamerikanisch wahrgenommen werden.

Global Governance Spotlight 3|2019

75 Jahre UN-Charta. Überprüfung dringend erforderlich

Tim Murithi

Trotz der Existenz der Vereinten Nationen, die nachfolgende Generationen vor Krieg bewahren und globale Herausforderungen bewältigen sollten, befindet sich die Welt derzeit in einer prekären Lage. Professor Tim Murithi vom Institut für Gerechtigkeit und Versöhnung in Kapstadt plädiert vor diesem Hintergrund für eine grundlegende Überprüfung der UN-Charta im Jahr 2020. Im Global Governance Spotlight 3|2019 fordert er das UN-System so umzugestalten, dass es in seiner Entscheidungsfindung demokratischer und integrativer wird, zum Beispiel durch die Etablierung einer Parlamentarischen Versammlung.

Grundlage könnte Art. 109 der UN-Charta bilden, der eine Überprüfung der Charta mit Beschluss einer Zweidrittelmehrheit der UN-Generalversammlung auch gegen den Willen der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates ermöglicht.



Szenarien für eine UN der Zukunft

Mit einer neu entstehenden Weltordnung und enormen globalen Herausforderungen wie dem Klimawandel, Ungleichheit oder der Digitalisierung werden die UN ihre Rolle überdenken müssen, so ein weiterer Redner. Er sah drei Optionen: entweder bluten die UN v.a. finanziell weiter aus, um schließlich zu kollabieren, oder sie wandeln sich in eine Gemeinschaft liberaler Staaten, die andere ausschließen oder gar schikanieren, oder – und das wäre die beste Option – sie entwickeln sich in eine weltumspannende, normsetzende Institution, die sich auf die größten Herausforderungen der Gegenwart konzentriert. In diesem Szenario wäre es die Rolle der UN, für diese Herausforderungen zu sensibilisieren und Maßnahmen zu deren Bewältigung zu verfolgen. Die konkrete Umsetzung sollte hingegen anderen überlassen werden.



Internationaler sef: Experten-Workshop 2019 in Duisburg

Ein anderer Experte sprach sich dafür aus, dass sich die UN zu einer Art Weltregierung „light“ entwickeln sollten, um den Grundsätzen ihrer Charta gerecht werden zu können. Die Charta in ihrer jetzigen Form sei nicht als Dauerlösung vorgesehen gewesen. Er plädierte deshalb für eine Neuverhandlung der Charta. Ein Minimalergebnis eines solchen Prozesses könnten neue Institutionen wie ein Gerichtshof oder ein Treuhandrat für die Umwelt sein; ein Maximalergebnis wäre ein konstituierendes Moment mit revolutionären Elementen wie einem UN-Bürgerparlament/UN-Bürgerinnenparlament.

Andere Teilnehmende warnten davor, einen solchen Prozess zum jetzigen Zeitpunkt anzustreben. Sie verwiesen auf die Debatten zu globaler Demokratie in den 1990er Jahren. Es wäre falsch, erneut über eine globale Konstitutionalisierung nachzudenken, ohne das Scheitern dieser Debatte in der Vergangenheit verstanden zu haben. Im Gegensatz zu den frühen 1990er Jahren leben wir heute in einer multipolaren Welt, in einem Zeitalter von „starken“ Männern an der Spitze von Staaten, die auf nationale Souveränität

pochten. Dies seien äußerst ungünstige Umstände, um einen Übergang von Souveränität auf die UN oder andere visionäre Maßnahmen zu fordern.

Breiter Dialog über „Die UN, die wir wollen“ notwendig

Gibt es unter den gegebenen Umständen überhaupt Aussichten auf eine Wiederbelebung der UN? Ja, meinte ein Experte. Wir sollten dafür aber nicht allein auf die Mitgliedstaaten bauen, sondern auf das Engagement der Menschen und den Einsatz geeigneter Technologien zu ihrer Vernetzung. Die meisten Teilnehmenden waren sich entsprechend einig, dass ein verantwortungsvoller Dialog zwischen Führungspersönlichkeiten zur Zukunft der UN zwar erforderlich ist, aber nicht ausreicht. Um die UN voranzubringen, sei es notwendig, die Diskrepanz zwischen dem in der Regel geringen Interesse der Menschen an den UN und ihrer Bedeutung zu verringern, erläuterte eine Rednerin. Mitgliedstaaten und nationale Eliten hätten eine Verantwortung, den Wert der UN-Mitgliedschaft in ihren Heimatländern zu kommunizieren. Und die UN selbst bräuchten direkte Bezüge zu den Menschen, was etwa Kofi Annan perfekt personifiziert habe (als „weltlicher Papst“). Darüber hinaus sei es wichtig, dass die UN einen

Global Governance Spotlight 5|2019

Multilateralismus gestalten! Prinzipien und Chancen multilateraler Kooperation in den UN

Gisela Hirschmann, Cornelia Ulbert



Internationale Organisationen, allen voran das System der Vereinten Nationen (UN), spielen seit Jahrzehnten eine Schlüsselrolle für die multilaterale Zusammenarbeit zur Lösung globaler Probleme. Nachdem wichtige weltpolitische Akteure wie die USA diesen die politische und finanzielle Unterstützung zunehmend entziehen, ist ihre Handlungsfähigkeit akut bedroht.

Im Global Governance Spotlight 5|2019 diskutieren Gisela Hirschmann und Cornelia Ulbert Ansatzpunkte für eine Wiederbelebung des Multilateralismus: Sie plädieren, erstens, für die flexible Bildung von Koalitionen, auch unter Einbezug nichtstaatlicher Akteure. Zweitens empfehlen sie institutionelle Reformen für eine effektivere Problembearbeitung, und drittens sehen sie staatliche und gesellschaftliche Akteure in der Pflicht, die Notwendigkeit multilateraler Problemlösung besser in die Gesellschaften hinein zu vermitteln.

intensiven Austausch mit lokalen Gemeinden pflegen, ergänzten mehrere Teilnehmende. Die Konsequenzen und Brüche der Globalisierung würden auf lokaler Ebene spürbar. Deshalb müssten regionale und lokale Einheiten aktiv beteiligt werden, auch um die Umsetzung globaler Übereinkünfte auf lokaler Ebene zu verbessern. Andere warnten hingegen davor, dass die UN als „transplanetare“ Institution gelähmt werden könnte, wenn zu viele Akteure beteiligt werden, wie bei den Klimagipfeln bereits zu erkennen sei.



Internationaler sef: Experten-Workshop 2019 in Duisburg

Arbeitsmethoden in einer polyzentrischen Welt

Zum 75-jährigen Jubiläum der UN planen sowohl verschiedene zivilgesellschaftliche Allianzen wie auch das UN-Sekretariat breite Partizipationsprozesse. Diese zeigen deutlich, wie sich globale Politikgestaltung über die letzten Jahrzehnte fundamental verändert hat. Die Bandbreite der Akteure hat sich deutlich erhöht. Das Schlagwort der Stunde lautet „Multi-Stakeholder Governance“. Eine auf die Menschen fokussierte UN sollte die Sichtweisen verschiedener Gruppen berücksichtigen, nicht nur diejenige der Mitgliedstaaten, und zivilgesellschaftlichen Organisationen, etwa bei der Programmentwicklung, auf Augenhöhe begegnen, so eine Expertin. Dialoge sollten nicht nur genutzt werden, um zu informieren, sondern um zur Politikgestaltung beizutragen. Wenn Menschen eingeladen würden, gemeinsame Herausforderungen zu identifizieren und Programme auf lokaler Ebene mitzugestalten, führe dies zu Innovationen.

Zugleich sei das Konzept der Multistakeholder-Governance auch eine Herausforderung für Multilateralismus, gab ein anderer Experte zu bedenken. Solche Partnerschaften seien eine institutionelle Herausforderung für die Demokratie, da die Teilnehmenden entweder selbst-mandatiert seien oder durch dominierende Akteure ausgesucht würden, die NGOs und Wissenschaftler nach ihrem Gutdünken einbringen würden. Die Tatsache, dass viele Multistakehol-

der-Initiativen versuchten, demokratische Elemente zu kooptieren, könne nicht über den Mangel an demokratischer Rechenschaft hinwegtäuschen.

Das ist Anlass zur Sorge, auch weil die Beziehungen zwischen dem Unternehmenssektor und den UN immer enger zu werden scheinen. Das Abkommen zwischen dem UN-Generalsekretär und dem Weltwirtschaftsforum vom Juni 2019 zur Beschleunigung der Umsetzung der Agenda 2030 sei nur das jüngste Beispiel dieser Entwicklung. Aus Sicht der Zivilgesellschaft könnte dies die UN delegitimieren. Andererseits könne „Multistakeholderismus“ auch eine Antwort auf den Stillstand in den internationalen Beziehungen als Folge der globalen Machtverschiebungen sein, ergänzte ein Redner. Oder anders gesagt: Global Governance sei den UN bereits entglitten und die Frage sei, wie die UN wieder mit ins Spiel kommen könnten. Gut umgesetzt könnten Multistakeholder-Initiativen einen positiven Effekt haben und zu Lösungen beitragen.

Staaten nicht aus der Pflicht lassen

Dabei sollten wir aber nicht vergessen, was Staaten leisten können, was andere nicht können, ergänzte eine Rednerin abschließend. Sie seien es, die die Autorität hätten, Regeln zu setzen und umzusetzen. Beides sei weiterhin erforderlich. Die UN sollten deshalb auch künftig darauf zielen, internationale Normen zu entwickeln und in nationalem Recht zu verwurzeln. Auch die Macht der UN-Generalversammlung sollte nicht unterschätzt werden, stimmte ein anderer Redner zu. Sie sei bedeutsam für die Konsensfindung und die Entstehung von Normen, aber sie habe auch „hartes Recht“ initiiert (z.B. das Kleinwaffenabkommen oder den Internationalen Strafgerichtshof). Regierungen von kleineren und mittleren Ländern sollten deshalb das volle Spektrum der Möglichkeiten der Generalversammlung nutzen und mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und anderen Stakeholdern gemeinsam an neuen Verfahren und Arbeitsmethoden arbeiten.

Schlaglicht: Ein UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten und die EU

Anfang 2019 starben bei einem Dambruch in Brasilien mehr als 270 Menschen. Die Mine wurde durch eine brasilianische Gesellschaft betrieben, finanziert durch internationale, u.a. auch europäische Investoren. Die Prüfung und Genehmigung des Damms erfolgte durch eine deutsche Firma. Dieses Beispiel mit seinen vielfältigen Verflechtungen zeigt, wie schwierig es sein kann, Verantwortliche für entstandene Schäden zu benennen und diese zur Rechenschaft zu ziehen.

Die bisherigen freiwilligen Verpflichtungen von Unternehmen, Menschenrechte einzuhalten und die Umwelt zu schützen, werden vielfach nicht oder nicht ernsthaft genug umgesetzt. Deshalb beraten die Vereinten Nationen seit 2014 über ein verbindliches Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten. Initiiert wurde dieser Prozess durch Ecuador und Südafrika. Im Herbst 2019, im Anschluss an die fünfte Verhandlungsrunde, zog die sef: bei einem sef: Policy Lunch in Brüssel eine Zwischenbilanz zu dem Prozess; gemeinsam mit der Internationalen Allianz der katholischen Entwicklungsorganisationen (CIDSE).

Streitpunkte in den Verhandlungen

Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen die Fortschritte in den Verhandlungen und die Rolle der EU. Ein wichtiger Streitpunkt im Prozess war die Frage, wie ein verbindliches Abkommen mit bereits bestehenden freiwilligen Vereinbarungen wie den UN Guiding Principles in Einklang gebracht werden kann. Dr. Nadia Bernaz, Lehrbeauftragte an der Universität Wageningen, begrüßte, dass der neue Textentwurf deutlich mache, dass ein verbindliches Abkommen nicht in Konkurrenz zu freiwilligen Vereinbarungen stehe, sondern diese ergänzen sollte.

Ein weiterer Streitpunkt ist die Frage, ob alle Unternehmen – transnationale und nationale – in ein Abkommen einbezogen werden sollten. Kinda Mohamadieh, Rechtsberaterin und Wissenschaftlerin für das Third World Network, vertrat den Standpunkt, dass man sich an dieser Position nicht zu sehr aufhalten sollte, um andere wichtige Verhandlungspunkte nicht zu blockieren. Dazu gehöre die Umsetzung des Abkommens im Sinne der Betroffenen. Wichtig seien der Zugang zu Entschädigungen und zu Rechtsmitteln. Außerdem müssten Elemente wie die Prävention von Menschenrechtsverletzungen, die menschenrechtlich gebotene Sorgfaltspflicht von Unternehmen

Globale Trends. ANALYSEN 01|2019

Mobilität von Arbeit vs. Kapital: Eine Global- Governance-Perspektive

Stuart Rosewarne & Nicola
Piper



Die Mobilität von Menschen hat einen positiven Effekt auf die globale Wirtschaftsleistung. Eine international anerkannte Governance-Architektur wie für die Liberalisierung des Handels und der Finanzmärkte gibt es für Migration jedoch nicht. Die Herausforderung liegt darin, das Entwicklungspotenzial internationaler Migration zu fördern und zugleich die nationale Souveränität zu wahren, ohne dabei Menschenrechte zu verletzen. In GLOBALE TRENDS. ANALYSEN 01|2019 beschreiben Stuart Rosewarne und Nicola Piper diese Herausforderung als „Versicherheitlichungs-Liberalisierungs-Paradoxon“. Sie fordern einen erweiterten Blick auf Migration, insbesondere ein besseres Verständnis ihrer unterschiedlichen Formen, und einen rechtebasierten Ansatz in der Migrationspolitik.

und die gesetzliche Haftung im Kontext von Lieferketten klar geregelt werden.

Gleicher Wettbewerb für alle?

Dr. Bernaz fügte hinzu, dass gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle geschaffen würden, wenn die Mehrheit der EU-Staaten die Regelungen des Abkommens zur Sorgfaltspflicht und den damit verbundenen Haftungsfragen von Unternehmen in ihrer Gesetzgebung verankern würden. Luisa Ragher, Leiterin der Division für Menschenrechte beim European External Action Service (EEAS), verwies darauf, dass die Wettbewerbsbedingungen nicht nur unter den EU-Staaten, sondern unter allen Industrienationen gleich sein sollten. Neben der EU und der Schweiz seien aber keine größeren Industriestaaten bei den Verhandlungen vertreten gewesen. Wie das künftige Verhandlungsmandat der EU aussehen wird, war zum Zeitpunkt des Policy Lunches ebenfalls offen, da die neue Kommission noch nicht im Amt war.

Globale Regeln gegen Desinformation und Manipulation im Netz

Im Jahr der Europawahl wuchs die Sorge vor Manipulationen durch Falschnachrichten, Fake-Accounts oder Social Bots. Im Rahmen eines Parlamentarischen Abends in Berlin am 12. März 2019 beschrieb der Bundestagsabgeordnete Ulrich Lechte, wie er zum Thema UN-Migrationspakt mit hunderten von gleichklingenden hetzerischen E-Mails konfrontiert wurde. Markus Reuter, Redakteur von netzpolitik.org,

weildauer der Nutzer durch sensationalistische und polarisierende Inhalte zu maximieren. Hier müsse die Politik eingreifen und die Anreize verändern.

Cyber-Außenpolitik und Global Governance

Da Online-Manipulationen oft grenzüberschreitend stattfinden, müssten in letzter Konsequenz globale Regeln gefunden werden. Zwar könnten besonders schwerwiegende Manipulationen gegen das Interventionsverbot im Völkerrecht verstoßen, erläuterte Kettemann. Insbesondere die Tatsache, dass zunächst lediglich mit Mitteln der Sprache gearbeitet werde und kein physischer Schaden zu befürchten sei, erschwere aber eine eindeutige Klassifizierung. Andererseits könnten Staaten inzwischen nicht mehr so einfach ihre Verantwortung abstreiten. Denn das Völkerrecht weise ihnen eine Sorgfaltspflicht auch für das Handeln gesellschaftlicher Subjekte in ihrem Einflussbereich zu, da das Internet – ähnlich wie das Klima – als zu schützendes globales Gemeingut eingestuft wird.

Um diese Sorgfaltspflicht zu konkretisieren, plädierten die Teilnehmenden für eine aktive Cyber-Außenpolitik. Kettemann hob insbesondere die von der UN-Generalversammlung einberufenen Arbeitsgruppen hervor. Hier müsse Deutschland für den Schutz der freien und unverfälschten Meinungsäußerung im Netz werben. Zugleich sei es wichtig, kein „Forum-Shopping“ zu betreiben. Denn eine Fragmentierung der Normbildung berge die Gefahr einer Erosion des Völkerrechtes. Daniela De Ridder betonte, dass Cyber-Außenpolitik Teil des diplomatischen Alltagsgeschäfts werden müsse. Zum Beispiel sollte auch im Rahmen von Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und China auf die Bedeutung von Cyber-vorfällen hingewiesen werden.



Parlamentarischer Abend in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft

plädierte für eine differenzierte Analyse. So hätten Influencer mit gefälschten Identitäten zum Teil zehntausende Follower, die ihre Hassnachrichten konsumierten. Forschungen hätten hingegen wenig Aktivitäten von Social Bots während Wahlkämpfen in Deutschland feststellen können. Die Bundestagsabgeordnete Daniela De Ridder betonte die besondere Situation in fragilen Demokratien. Kritische Journalisten und Journalistinnen sowie Politiker/innen würden dort im Internet massiv angegangen und bedroht.

Wie kann die Demokratie besser geschützt werden?

Alle Diskutanten betonten die Notwendigkeit, die Medienkompetenz der Nutzer/innen durch Aufklärung und politische Bildung zu stärken. Auch die journalistische Ausbildung müsse an das Zeitalter sozialer Medien angepasst werden, ergänzte Markus Reuter. Zu oft würden Journalistinnen und Journalisten leicht manipulierbare Klickzahlen unreflektiert als Indikator für Relevanz verstehen. Staatliche Institutionen wiederum müssten sich besser gegen Desinformation und Cyberangriffe wappnen, so Lechte und De Ridder. Zur Verteidigung des demokratischen Rechtsstaates seien auch neue Kompetenzen erforderlich. Dr. Matthias C. Kettemann vom Leibniz-Institut für Medienforschung sah das Grundproblem im Geschäftsmodell von Facebook, Twitter etc. Deren Algorithmen seien allein darauf ausgerichtet, die Ver-

Global Governance Spotlight 2|2019

Internationale Regeln für soziale Medien. Menschenrechte wahren und Desinformation bekämpfen

Matthias C. Kettemann

Auf europäischer und globaler Ebene gibt es diverse Bemühungen, Hassreden und Onlinemanipulationen durch neue Normen und wirksamere Mechanismen zur Normdurchsetzung einzudämmen. Matthias C. Kettemann bewertet diese Initiativen, skizziert die Verantwortung von Staaten und Unternehmen und schlägt Leitlinien für eine menschenrechtssensible Regulierung sozialer Medien vor.



Schlaglicht: Globaler Investigativjournalismus und die Stärkung der Demokratie

„Die Demokratie stirbt in der Dunkelheit“ – so lautet das Motto der Washington Post, die in den 1970er Jahren den Watergate-Skandal publik machte. Im Zeichen von Digitalisierung und Globalisierung muss sich der Journalismus neu aufstellen, um die Rolle der sogenannten „vierten Gewalt“ auszuüben und demokratische Kontrolle zu ermöglichen. In letzter Zeit machten vor allem internationale Rechercheverbände von sich reden, die große Datenmengen auswerten und mit den Panama Papers oder Paradise Papers die Machenschaften der globalen Finanzindustrie aufdeckten. Sieht so die Zukunft des Journalismus aus? Und wie können daraus neue Chancen für eine kritische politische Öffentlichkeit erwachsen? Zu diesen Fragen veranstaltete die sef: ein Zwiegespräch im Rahmen des Global Media Forums 2019 der Deutschen Welle in Bonn.

Schatteneliten und neue Machstrukturen

Digitalisierung, Globalisierung und Privatisierung haben denen in die Hände gespielt, die ihre Macht und Interessen kaschieren wollen, argumentierte eingangs die amerikanische Anthropologin und Politikwissenschaftlerin Professorin Janine Wedel.



„Tête-à-Tête“ der sef:, Deutsche Welle Global Media Forum 2019, Bonn

Entstanden sei ein Netzwerk globaler Schatteneliten, die geschickt mit unterschiedlichen Rollen jonglieren könnten. Als Beispiel erwähnte Wedel einen pensionierten General, der als Mitglied einer Regierungskommission über Insiderwissen verfüge, das er zugleich als Inhaber einer Beratungsfirma zum eigenen Vorteil verwende. „Niemand weiß mehr, wo eine Rolle beginnt und die andere endet“, so Wedel. Im Ergebnis gebe es keine demokratische Rechenschaft mehr.

Wie der Journalismus damit umgehen kann, davon berichtete Ilya Lozovsky, leitender Redakteur des Organized Crime and Corruption Reporting Projects (OCCRP). Seine Organisation will hinter die Kulissen schauen und globale kriminelle Netzwerke, etwa in der Finanzindustrie, aufdecken. Zu Anfang sei man in der Regel auf Whistleblower angewiesen, so Lozovsky. Dann sei es ratsam, die „Spur des Geldes“ immer weiterzuverfolgen. So habe man zum Beispiel ein weltweites Netzwerk von Offshore-Unternehmen aufgedeckt, durch das sich korrupte Politiker/innen in Osteuropa bereichern konnten. Wedel empfahl ihrerseits, den Fokus auf Schlüsselfiguren zu richten, die ihre öffentlichen Ämter benutzten, um solche Strukturen legitim erscheinen zu lassen.

Investigativjournalismus als Gegenmittel

Vor dem Hintergrund dieser neuen Strukturen habe der Investigativjournalismus eine größere Bedeutung als jemals zuvor, argumentierte Wedel. Internationale Zusammenarbeit sei dabei ein Muss, davon zeigte sich Lozovsky überzeugt. In der Struktur des OCCRP spiegele sich dieser Grundsatz, denn das Projekt beruhe auf Partnerschaften mit 45 Investigativzentren in 34 Ländern. Hinzu kämen Partnerschaften mit Transparency International und anderen politischen Organisationen, die das Ziel der Korruptionsbekämpfung teilten. Man weiche hier bewusst vom traditionellen Ideal des unparteiischen Journalismus ab, um dem öffentlichen Interesse zu dienen.

Interessiert sich aber die Öffentlichkeit überhaupt hinreichend für investigative Reportagen? Beweist die Wiederwahl korrupter Herrscher nicht genau das Gegenteil? Auf diese kritischen Fragen aus dem Publikum antwortete Wedel, dass die Öffentlichkeit sehr wohl an dem Thema Korruption interessiert sei. Tragischerweise unterstütze sie aber manchmal gerade darum Populisten mit ihrem Versprechen, den „Sumpf trockenzulegen“. „Trotzdem ist die Öffentlichkeit oft unsere wichtigste Verbündete“, unterstrich Lozovsky. Das zeigten etwa die Massenproteste nach der Ermordung des slowakischen Reporters Jan Kuciak 2018. Lozovsky empfahl, dass Journalistinnen und Journalisten transparent arbeiten und vorsichtige Schlüsse ziehen müssten, um das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen. Dann könne man auch der populistischen Stimmungsmache gegen die Medien den Boden entziehen. Außerdem sei es wichtig, die Auswirkungen korrupter Systeme für Individuen in den Vordergrund zu stellen, damit Leser/innen mit deren Anliegen sympathisieren könnten. So endete das Gespräch mit einem Appell an das klassische journalistische Handwerk, sich normativ, methodisch und organisatorisch neu auszurichten, um die kritische Öffentlichkeit weltweit gegen Populisten zu stärken.

Programmbereich II: Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Regionale und lokale Umsetzung

Menschen mit der richtigen Botschaft für Nachhaltigkeit gewinnen

Millionen Menschen haben sich 2019 weltweit an den Demonstrationen der Fridays-for-Future-Bewegung beteiligt. Auch der fulminante Erfolg des bayrischen Volksbegehrens für den Artenschutz spricht dafür,

Bürgern etwas abverlangt, müssten die Verwaltungen ihre eigenen Anstrengungen, beispielsweise zur Reduktion von CO₂-Emissionen öffentlicher Gebäude oder Dienstfahrzeuge, stärker kommunizieren.



Bonn Symposium 2019 in der Deutschen Welle

dass Nachhaltigkeit im besten Sinne des Wortes „populär“ geworden ist. Zugleich formieren sich Widerstände, etwa gegen Windkraftanlagen oder Flüchtlingsunterkünfte auf lokaler Ebene. Menschen und Organisationen zu überzeugen, bleibt daher eine Schlüsselaufgabe bei der lokalen und regionalen Verankerung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs). Mit welchen Argumenten und Initiativen kann das gelingen? Welche neuen Beteiligungsformen brauchen wir dafür? Darüber diskutierten Kommunalvertreter/innen aus verschiedenen Weltregionen mit Wissenschaftler/innen und Aktivistinnen/Aktivistinnen im Rahmen des Bonn Symposiums am 27./28. November 2019.

Kommunikation ist der Schlüssel

Kommunikation ist der Schlüssel der Nachhaltigkeitswende – dieser Gedanke zog sich wie ein roter Faden durch die Veranstaltung. Städte und Kommunen haben dabei eine besondere Rolle. Denn ihre Vertreter/innen stehen in direktem Kontakt zu den Menschen vor Ort. Es gehe darum, den Bürgerinnen und Bürgern zu verdeutlichen, dass der ungebremste Klimawandel hohe Kosten hervorbringen werde und es viel billiger sei, jetzt einen effektiven Klimaschutz zu finanzieren, so der Bonner Oberbürgermeister Ashok-Alexander Sridharan. Dadurch könne die Akzeptanz für umfassende Investitionen in die Nachhaltigkeitswende erhöht werden. Um den Eindruck zu vermeiden, es werde allein den Bürgerinnen und

Die lokale Debatte vielfältiger machen

Zu oft allerdings beteiligt sich nur ein kleiner und relativ homogener Personenkreis an Anhörungen im Stadtrat oder ähnlichen Formaten. Wie lässt sich das ändern? Man müsse aus der Verwaltung rausgehen und das Gespräch an Alltagsorten der Stadt suchen, empfahl Simon Kaerup, Pressereferent der Stadt Kopenhagen. Zum Beispiel durch Zelte in der Fußgängerzone, die zum spontanen Dialog (Pop-up Debates) mit Kommunalvertretern einladen. Ein Teilnehmer schlug vor, zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger an Beratungsprozessen zu beteiligen. Dadurch würden neben den Interessen von Anwohnern und anderen direkt Betroffenen auch Aspekte des übergeordneten Gemeinwohls zur Sprache kommen. Ohne Risiko sei das aber nicht, wandte Hirotaka Koike ein, der am Institute for Global Environmental Strategies in Kamiyamaguchi forscht. Eine Zufallsauswahl würde der Diversität der Bürgerschaft oft nicht gerecht. Planungsprozesse würden so weniger inklusiv.

Betroffene Gemeinschaften anhören und Konflikte bewältigen

Ein weiteres Defizit, insbesondere der auf dem internationalen Parkett geführten Nachhaltigkeitsdebatte, ist die fehlende Stimme lokaler Gemeinschaften aus dem Globalen Süden. „Wir müssen das Narrativ über Klimagerechtigkeit verändern“, forderte darum Mithika Mwenda, Generalsekretär der Pan African Climate Justice Alliance (PACJA), einem Netzwerk

sef: insights zum Bonn Symposium 2019

sef: insight 9|2019

„This is fundamentally an issue of procedural justice“

Interview mit Mithika J. Mwenda über Klimagerechtigkeit und die Stimme lokaler Gemeinschaften im Globalen Süden

sef: insight 10|2019

„There is a need to amend tender procedures“
Interview mit Ntomboxolo Cynthia Ngxesha über öffentliche Beschaffungspolitik als Schlüssel der Transformation

von 1.500 Graswurzelinitiativen in ganz Afrika. PACJA versucht gezielt, die Perspektive von indigenen Gemeinschaften, Bäuerinnen oder Fischern zur



Bonn Symposium 2019: Forum zur Lego Methode

Geltung zu bringen. Dies geschieht durch Aktionen wie einen 6.500 Kilometer langen panafrikanischen Fahrrad-Caravan oder auch durch Petitionen an nationale Parlamente.

K.J. Joy, Gründungsmitglied und Senior Fellow der Gesellschaft zur Förderung partizipativen Ökosystemmanagements (SOPPECOM) in Pune, berichtete von dramatischen lokalen Konflikten um den Bau von Megastaudämmen in Indien. Dabei sei es zur Vertreibung indigener Gemeinschaften gekommen. Mit einem partizipativen Wassermanagement würde ein solch scharfer Gegensatz zwischen Gewinnern und Verlierern vermieden. Ein Instrument könne das gemeinsame „Resource Mapping“ sein. „Wissen zu teilen, bringt die Menschen zusammen“, erklärte Joy, denn „die Menschen ändern ihre Ansichten und Interessen, wenn sie mit anderen Erfahrungen kon-

„Die Idee urbaner Mikrointerventionen ist langfristig ein besseres Leben für alle zu ermöglichen. Es geht nicht nur darum, eine neue Parkbank oder eine neue Bushaltestelle zu haben. Es geht darum, die Gemeinschaft nachhaltig zu stärken. [...] Es ist wie ein Test für ein neues Modell bürgerschaftlichen Engagements, das, wenn es erfolgreich war, später im größeren Maßstab wiederholt werden kann.“

Mariana Alegre ist Geschäftsführerin der Initiative Ocupa tu Calle in Lima.



Lesen Sie das vollständige Interview in der sef: **insight 11|2019** mit dem Titel „It’s about building community“. Interview mit Mariana Alegre über urbane Mikrointerventionen in Lima und anderen südamerikanischen Städten. Das Interview ist auch als YouTube-Video verfügbar.

frontiert werden“. Das könne auch ein Modell für den in Deutschland oft heftig umstrittenen Ausbau von Windenergie und Stromtrassen sein.

Die richtige Ansprache wählen

Auch die Art der Botschaften war ein wichtiges Thema des Symposiums. Mit welchen Bildern und Erzählungen gelingt es, Menschen von einer anderen Lebensweise zu überzeugen? Ganz wichtig sei es, nicht immer mit schockierenden Bildern und kognitiver Dissonanz zu arbeiten, sondern auf positive Emotionen zu setzen. So fasste Hassaan Hakim, Gründer und Eigentümer von Yool!, einer auf Nachhaltigkeitsthemen spezialisierten Werbeagentur in Giessen, seinen Ansatz zusammen. Es sei kontraproduktiv, mit dem erhobenen Zeigefinger zu kommunizieren, argumentierte ganz ähnlich auch Katrin Meissner, die im Verkehrsministerium Baden-Württemberg für die Initiative RadKULTUR zuständig ist. Stattdessen sollte möglichst ein positives Gruppengefühl angesprochen werden. Deshalb appelliere die sogenannte RadCHALLENGE, bei der Kommunen um gefahrene Radkilometer wetteifern, an den Lokalpatriotismus der Bürger/innen. Konkrete Angebote, wie zum Beispiel kostenlose Radinspektionen, seien ebenfalls wichtig, um Menschen Anlässe zum Ausprobieren zu bieten. Dies sei der erste Schritt zur Verhaltensänderung.

Neue Verhaltensweisen unterstützen

Allerdings gibt es keine Verhaltensänderung ohne Rückfall, wie Professor Sebastian Bamberg von der Fachhochschule Bielefeld in seinem Vortrag über die Erkenntnisse der Umweltpsychologie verdeutlichte. Auch könne gerade am Anfang auf unangenehme Botschaften nicht ganz verzichtet werden. Wir müssen den Menschen erklären, „dass sie ein Problem haben“, das sei die undankbarste Aufgabe. Auch danach müssten Kampagnenbotschaften immer berücksichtigen, auf welcher Stufe ein Individuum im Prozess der Verhaltensänderung angekommen sei. Zu oft würden Millionensummen für ineffektive Werbebotschaften ausgegeben. Allgemein könnte die kommunale Öffentlichkeitsarbeit viel mehr auf Erkenntnisse der Psychologie zurückgreifen, z.B. beim Einsatz individualisierter Web-Apps zur Einübung nachhaltiger Mobilität. Er würde etwa davon abraten, primär auf hedonistische Motive und Belohnung zu setzen. Freude könne vielmehr dadurch empfunden werden, im Einklang mit den persönlichen Normen zu handeln. Auf dieses Versprechen sollten wir unsere Botschaften ausrichten.

Über komplexe Herausforderungen kommunizieren

In der Diskussion wurde auch darüber gesprochen, wie abstrakt oder fokussiert Kommunikation über Nachhaltigkeit sein sollte. Zu sagen, man protestiere für das Klima, führe von den Menschen weg, erläu-

terte Luca Samlidis: „Das Klima rettet sich selbst, wir gehen für unsere eigene Rettung auf die Straße.“ Der Fokus auf den Klimaschutz sei richtig, denn man könne nicht mehrere hochkomplexe Themen zugleich in die Medien transportieren. Alle wüssten, wie und wohin Greta Thunberg gesegelt sei. Vergleichsweise wenige würden die Forderungen von Fridays for Future an die Politik in Deutschland kennen. Vor dem Hintergrund dieser Medienrealität müsse man schon sehr aufpassen, die eigene Botschaft nicht zu überfrachten.

In der Tat seien Botschaften oft zu abstrakt und komplex, vor allem in westlichen Gesellschaften, in denen oft nur anhand von Daten und Fakten über notwendigen Wandel gesprochen werde, erläuterte Modera-



Bonn Symposium 2019 in der Deutschen Welle

torin und Kommunikationsexpertin Merjam Wakili in ihrem Kurzvortrag zur Methode Lego Serious Play. Durch Praktiken des Geschichtenerzählens, wie sie in vielen Ländern des Globalen Südens verbreitet sind, könne dagegen vielmehr Kreativität und intuitives Wissen eingebracht werden. Bei Lego Serious Play werden zu einem Thema individuelle Modelle aus Lego gebaut und dann in der Gruppe die Geschichten dahinter besprochen. Das konnten Teilnehmende des Symposiums konkret in einem Workshop erfahren.

Experimentieren und Möglichkeiten aufzeigen

Mit solchen interaktiven Methoden eingeschleppte Routinen hinter sich zu lassen – das trifft ein Grundbedürfnis vieler Akteure, die sich in Städten und Gemeinden für größere Nachhaltigkeit einsetzen. Welche Strategien gibt es, um bürokratischen Hindernissen und politischen Zwängen zu entkommen und Freiräume für Neues zu schaffen? Eine Möglichkeit besteht darin, zunächst Nischen im Stadtbild lebenswerter zu machen, zum Beispiel ungenutzte öffentliche Flächen. Das ist die Strategie von „Ocupa tu Calle“ in Lima, wie deren Geschäftsführerin Mariana Alegre erläuterte. Das könne zum Beispiel ein hässlicher Parkplatz sein, der in einen lebendigen

Park umfunktioniert werde. Ziel dieser Mikrointerventionen sei nicht, den Prozess selbst in die Hand zu nehmen, sondern anderen den Weg zu bereiten, so Alegre.

Ein beeindruckendes Beispiel dafür, was mit Beharrlichkeit und Risikobereitschaft erreicht werden kann, präsentierte der Bürgermeister der Klimakommune Saerbeck im Münsterland, Wilfried Roos. Anfangs sei die kleine Gemeinde mit nur rund 7000 Einwohnern für ihre visionären Projekte belächelt worden. Doch dann hätten die Bürgerinnen und Bürger insgesamt 75 Millionen Euro in einen Bioenergiepark investiert. Heute produziert die Gemeinde einen deutlichen Energieüberschuss und will bis 2030 klimaneutral sein. Inzwischen kommen Besucher/innen aus aller Welt nach Saerbeck, um sich über erneuerbare Energien und Klimaschutz vor Ort zu informieren.

Unternehmen als Partner und Vorreiter des Wandels

Oft erschweren finanzielle Engpässe und fehlende Ressourcen die Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele auf lokaler Ebene. Doch auch diese Hürden können mit Mut und Kreativität überwunden werden. Das zeigte der Beitrag von Kye Dudd, dem Stadtrat für Energie und Transportwesen in Bristol. Allein mit öffentlichen Mitteln könne seine Stadt die Vision der Agenda 2030 nicht zufriedenstellend umsetzen. Mit dem City Leap Prospectus habe man einen Katalog von Zielen definiert und Unternehmen weltweit aufgefordert, Vorschläge für eine dezentrale ökologische Energieversorgung zu machen. Die Resonanz auf dieses offene Angebot sei überwältigend gewesen. Exemplarisch für die Vorreiterrolle einiger Unternehmen war der Beitrag von Gero Böhmer vom weltweit tätigen Pumpenhersteller Wilo SE. Das Dortmunder Unternehmen errichtet zusammen mit der Stadt Baruth/Mark ein lokales Ausbildungszent-

Global Governance Spotlight 4|2019

Digitale öffentliche Güter. Voraussetzung für das Erreichen der SDGs

Anita Gurumurthy & Nandini Chami



Digitale Technologien können der Verwirklichung der SDGs einen Schub verleihen oder sie gefährden. Um die Chancen der Digitalisierung für das Gemeinwohl nutzen zu können, fordern Anita Gurumurthy und Nandini Chami im Global Governance Spotlight 4|2019 einen verbindlichen internationalen Vertrag zur Datennutzung sowie eine bessere Entwicklungsfinanzierung für digitale öffentliche Güter.

rum in der Mongolei. Mit der schrittweisen Umstellung seiner Dortmunder Fabrik auf eine CO₂-neutrale Produktion versuche Wilo SE zudem gerade, einen



Bonn Symposium 2019 in der Deutschen Welle

neuen „Goldstandard“ für alle Produktionsstandorte zu etablieren.

Demokratie zukunftsfest machen

Menschen zu überzeugen und zum Mitmachen zu bewegen, ist der Kern der Demokratie. Allerdings leiden demokratische Prozesse und Institutionen vielerorts unter einer akuten Vertrauenskrise. Erschwerend kommt hinzu, dass Rechtspopulisten und Rechtsextreme in vielen Ländern mit verbaler und physischer Gewalt gegen demokratische Repräsentantinnen und Repräsentanten vorgehen, gerade wenn sich diese für wichtige Nachhaltigkeitsziele, wie die Integration Geflüchteter oder den Klimaschutz einsetzen. Hier dürfe die Mehrheit nicht schweigend zusehen, meinte der Bürgermeister von Altena, Andreas Hollstein. Vielmehr müsse die Zivilgesellschaft bedrohten Kommunalvertreterinnen und -vertretern den Rücken stärken.

Kann eine Demokratie, deren Grundfesten zu wackeln scheinen, die Herausforderungen der Nachhaltigkeitswende meistern? Müssen wir die Demokratie radikal umbauen, um sie „fit“ für die Nachhaltigkeitswende zu machen? Wahlen jedenfalls reichen nicht aus, denn speziell in Indien gebe es großes Misstrauen gegenüber gewählten Politikerinnen und Politikern, erklärte Sanskriti Menon, die in Pune als Programmdirektorin des Centre for Environment Education arbeitet. Daher müsse die repräsentative Demokratie durch verbindliche deliberative Verfahren ergänzt werden, gerade auf lokaler Ebene. Dem schloss sich auch Norma Tiedemann von der

Universität Kassel an. Die liberale Demokratie zu verteidigen sei zu wenig, auch wenn das vor dem Hintergrund rechtspopulistischer Gegenströmungen ein wichtiges Ziel sei. Vielmehr müssten wir über das Existierende hinausgehen und „einfach mal das Spektrum aufmachen, das es an demokratischen Formen in der Welt gibt“.

Nachhaltigkeitswende als demokratische Chance

Tiedemann verwies insbesondere auf neue municipalistische Bewegungen, die im Zuge und nach der Finanzkrise vor allem in Südeuropa und auf dem Balkan entstanden sind. Diese organisieren sich direkt-demokratisch in Räten und kämpfen für die Rekommunalisierung von Energie, Verkehr und Wohnraum. Andreas Hollstein äußerte sich kritischer zu diesen Bewegungen. Zwar begrüße er partizipative Verfahren. Irgendjemand müsse die politische Willensbildung aber moderieren und kanalisieren sowie auch Expertenwissen miteinfließen lassen. Tiedemann entgegnete, dass in vielen Bereichen der Markt dominiere und keine gesellschaftliche Mitbestimmung zulasse. Hier hinein gelte es die liberale Demokratie auszuweiten. Mit gemeinschaftlichen Formen des Wirtschaftens könnten auch ökologische Nachhaltigkeitsziele besser erreicht werden, etwa durch Energiegenossenschaften oder die Reduzierung der Arbeitszeiten.

So endete das Bonn Symposium 2019 mit einem Appell, Partizipation auf lokaler Ebene ernst zu nehmen und kreative Wege jenseits etablierter Strukturen auszuprobieren. Dabei wurde deutlich, dass die Agenda 2030 nicht bloß eine Herausforderung für demokratische Prozesse darstellt, sondern vielmehr eine große Chance für eine Revitalisierung der Demokratie bietet. Um diese Chance zu nutzen, müssen lokale Akteure einen Dialog auf Augenhöhe führen, unterschiedliche Expertise zusammenführen und gemeinsames Wissen schaffen.

Schlaglicht: Die Zukunft der Arbeit gestalten

Gig-Economy, Ökonomie des Teilens, Künstliche Intelligenz – das sind nur einige Schlagwörter zur Zukunft der Arbeit. Sie versprechen eine Welt, in der Grenzen ihre Bedeutung verlieren, Kreativität und Flexibilität im Vordergrund stehen und Innovation beschleunigt wird. Doch es gibt auch Schattenseiten. Niedrigqualifizierte werden abgehängt, neue Formen der Ausnutzung von Arbeitskräften drohen und soziale Sicherungssysteme werden durch informelle oder flexible Arbeitsverhältnisse ausgehebelt. Im Vorfeld ihres 100-jährigen Jubiläums im Jahr 2019 hatte die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) eine hoch-

Soziale Sicherung als Kernkompetenz der EU

Die EU befasse sich ebenfalls mit der Zukunft der Arbeit, berichtete Ruth Paserman, stellvertretende Leiterin des Kabinetts der EU-Kommissarin für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten, Qualifikationen und Mobilität der Arbeitnehmer. So habe sie u.a. ein Paket zu sozialer Fairness zusammengestellt. Ihre Einbindung in den ILO-Prozess sei hingegen nur informell gewesen. Die Voraussetzungen seien sehr unterschiedlich; die soziale Kohäsion sei in der EU viel stärker als anderswo. Ein zentraler Aspekt für die EU sei die soziale Sicherung, erklärte sie weiter. Hier könne die EU ein Modell sein. Obwohl sie nur 17% der Weltbevölkerung ausmache, würden 50% der Ausgaben für soziale Sicherung auf die EU entfallen. Die zunehmende Flexibilität in der Arbeitswelt mache den sozialen Schutz noch wichtiger.

Welche Rolle für die Zivilgesellschaft?

Aus der Perspektive der Zivilgesellschaft begrüßte Dr. Hildegard Hagemann von der Deutschen Kommission Justitia et Pax die Tatsache, dass die ILO-Kommission den Sozialen Dialog als öffentliches Gut deklariert habe. Allerdings führe die Gig-Economy zu einer weiteren Informalisierung der Arbeit und zu prekären Arbeitsverhältnissen. Für die Gewerkschaften sei es schwierig, diese Zielgruppen zu erreichen. Sie kritisierte deshalb, dass die Kommission die Zivilgesellschaft als weiteren Partner nicht anerkenne. Albrecht hielt dagegen, dass die Gewerkschaften nicht aus der Pflicht entlassen werden sollten, alle Arbeitenden zu repräsentieren.



sef: Policy Lunch im Februar 2019 in der Landesvertretung NRW, Brüssel

rangige Globale Kommission zur Zukunft der Arbeit einberufen, die ihre Ergebnisse Anfang 2019 präsentierte. Bei einem Policy Lunch im Februar 2019 in Brüssel wollte die sef: wissen, welche Antworten die Kommission gefunden hat und wie Europas Haltung dazu ist.

Eine auf den Menschen zentrierte Agenda

Thorben Albrecht, ehemaliger Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales und Mitglied der ILO-Kommission, stellte wesentliche Ergebnisse des Berichts vor. Die Kommission plädierte für eine auf den Menschen zentrierte Agenda. So fordere sie u.a. die Schaffung von Arbeitsplätzen in Bereichen, die für das menschliche Wohlergehen von besonderer Bedeutung sind, etwa im Pflegebereich. Auch lebenslanges Lernen sei der Kommission ein wichtiges Anliegen: „Warum sollen Unternehmen die Kosten für Investitionen in Maschinen absetzen können, aber nicht für Investitionen in Menschen?“, fragte Albrecht.

Eine weitere Kernforderung der Kommission sei eine universelle Garantie für Arbeitende, die die Kernarbeitsnormen der ILO, eine angemessene Entlohnung, Arbeitszeitbeschränkungen und Arbeitsplatzsicherheit einschließe.

Global Governance Spotlight 1|2019

Die Zukunft der Arbeit – und der ILO. Von der Normsetzung zur Normdurchsetzung

Markus Demele

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) feierte 2019 ihren 100. Geburtstag. Zum Jubiläum hatte eine hochrangig besetzte „Globale Kommission zur Zukunft der Arbeit“ einen Bericht erarbeitet, der am 22. Januar 2019 veröffentlicht wurde. Als Startschuss für die Feierlichkeiten zum Jubiläum taugte der Bericht jedoch nur bedingt. Warum dies so ist und welche Schritte für eine erfolgreiche Durchsetzung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen erforderlich wären, erläutert Markus Demele im Global Governance Spotlight 1|2019.



Programmbereich III: Internationale Verantwortung in Krisen und Konflikten

Partizipation oder Polarisierung? Soziale Medien und gesellschaftlicher Frieden

Soziale Netzwerke haben in den vergangenen zehn Jahren die Art, wie wir Nachrichten und Informationen nutzen und konsumieren, verändert. Sie ermöglichen eine weltweite Vernetzung und Verbreitung von Information. Zwei Drittel der Weltbevölkerung nutzen das Internet, davon sind mehr als die Hälfte in sozialen Medien aktiv.



Dresdner Forum für Internationale Politik 2019

Die sef: nahm dies 2019 zum Anlass, sich in verschiedenen Veranstaltungen und Publikationen dem Thema zu widmen (siehe auch Seite 10). Beim Dresdner Forum für Internationale Politik am 19.-20. März 2019 stand die Frage im Mittelpunkt, welchen Einfluss soziale Netzwerke auf die Polarisierung in Gesellschaften haben.

„The good, the bad, and the ugly“

Einführend zeigte Nanjala Nyabola, Autorin und politische Analystin aus Nairobi, anhand von Kenia, wie soziale Plattformen sowohl Gutes als auch Schlechtes in der Gesellschaft hervorbringen. Zum einen gelinge es sozialen Gruppen, sich abseits der traditionellen Berichterstattung Gehör zu verschaffen. Gleichzeitig nehme auch in Kenia die Verbreitung von Hassrede, Propaganda und Falschnachrichten zu. Das „hässliche“ Gesicht schließlich zeige sich in der „digitalen Kolonialisierung“. So sei die Einmischung in Wahlen in westlichen Ländern nicht der Anfangspunkt digitaler Manipulation gewesen. Cambridge Analytica zum Beispiel habe viele Taktiken bereits in früheren Wahlen in afrikanischen Ländern getestet, kritisierte Nanjala. Angesichts der Bedeutung sozialer Medien müssten wir uns fragen, ob wir diese nicht wie ein öffentliches Gut behandeln und „öffentlich-rechtli-

che“ Alternativen schaffen sollten, z.B. ein regionales Afrika-Netzwerk, das mit öffentlichen Geldern betrieben wird.

Wer manipuliert hier eigentlich?

Die angesprochene Online-Manipulation, zum Beispiel im Vorfeld von Wahlen, zeigt sich in unterschiedlichen Formen. Zum einen kann es im Vorfeld beziehungsweise bei der Durchführung von Wahlen zu Angriffen auf die Wahlsysteme selbst kommen. Zum anderen aber werden politische Diskussionen durch das Lancieren von gehackten oder verfälschten Informationen manipuliert. In Russland beispielsweise arbeiten lose Netzwerke verdeckt an verschiedenen Desinformationskampagnen. Daran beteiligt sind sowohl Vertreter/innen staatlicher Institutionen und staatlicher Medien, als auch Trolle (bezahlte Blogger, die Falschinformationen verbreiten) und Social Bots (automatisierte Software, die Meldungen verbreiten). Deren Zusammenwirken lässt sich meist kaum nachweisen. Die Kampagnen zielen vor allem auf diejenigen, die schon verunsichert sind. „Wenn du 100 verschiedene Nachrichten bekommst, die alle unterschiedliche Abläufe schildern, wirst du verwirrt und beginnst zu zweifeln“, fasste Olga Robinson, Journalistin bei BBC Monitoring, zusammen. Für die Manipulation von Wahlen müssten nicht Millionen von Wählerinnen und Wählern überzeugt werden, so Robinson. Es könne schon ausreichen, den Teil, der bereits verunsichert ist, zu gewinnen, um den Wahlausgang entscheidend zu beeinflussen.

Online-Regulierung – Teil der Lösung oder Teil des Problems?

Die beschriebenen vielfältigen Formen von Manipulation haben den Ruf nach einer Regulierung von Online-Plattformen lauter werden lassen. Doch die Probleme sind mannigfaltig und nicht mit einer einzigen Lösung zu überwinden. Das Geschäftsmodell der Online-Giganten basiert auf ihren jeweiligen (geheimen) Algorithmen, die dazu führen, dass ein bestimmtes Nutzerverhalten „belohnt“ wird. Das bedeutet, dass populäre Nachrichten in der Aufmerksamkeit immer weiter nach oben gebracht werden. Populär heißt allerdings nicht unbedingt richtig oder legal.

Die Diskussionsrunde zur Regulierung von Plattformen warf weitere Fragen auf: Wer darf und sollte regulieren, die Plattformen selbst oder Staaten und deren Justizsysteme? Welche Inhalte sind illegal und welche sind es nicht? Raymond Serrato, Analyst für Soziale Medien im Büro des Hohen Kommissars der

Vereinten Nationen für Menschenrechte in Genf, machte sich zwar für grundsätzliche Internetstandards stark, plädierte aber auch dafür, diese im kulturellen Kontext der jeweiligen Länder zu entwickeln. Gerade unter autoritären Ländern könnten



Öffentliche Abendveranstaltung in der Frauenkirche Dresden

soziale Plattformen leicht zum Komplizen werden, wenn sie „unerwünschtes“ Material auf Anweisung der jeweiligen Staaten entfernen. Auch in der Beurteilung von humoristischen oder satirischen Inhalten müsse der jeweilige Kontext miteinbezogen werden. Ebenso schwierig sei die Abgrenzung bei der Frage, was „terroristische Inhalte“ sind. Die Definition von Terrorismus würde von autokratischen Regierungen gern genutzt, um Systemkritiker/innen zum Schweigen zu bringen.

Politischer Wille gefordert

Renate Nikolay, Kabinettschefin der EU-Justizkommissarin Vera Jourová, warf in der Diskussion ein, dass Plattformen nicht die eigentliche Verantwortung von Staaten aufgedrückt bekommen dürften. Die unmittelbare Löschung von strafbaren Inhalten, wie sie das Netzwerkdurchsetzungsgesetz in Deutschland vorsehe, sei zwar begrüßenswert, dürfe aber nicht die Strafverfolgung durch die offiziellen Behörden ersetzen. Was offline illegal und strafbar ist, müsse online ebenso behandelt werden. Hier gebe es noch Verbesserungsbedarf.

Frustrierend sei, dass es bislang an der politischen Führung mangle. Als Obama seine Social-Media-Kampagne startete und mit Hilfe von Twitter in die direkte Kommunikation mit seinen Wählern eintrat, seien alle begeistert gewesen. Aber diese „glorreichen Tage“ seien vorbei. Heute seien wir damit konfrontiert, dass Staats- und Regierungschefs in den USA und Europa selbst Hetze und Verunsicherung im Netz streuten. Und solange es keine klaren politischen Vorbilder gebe, werde es sehr schwierig sein, gegen Hass und Desinformation anzugehen.

„Zu Ende lesen hilft“

Neben den Versuchen, Desinformation über technische und gesetzliche Regulierung zu verringern, plädierten viele Referentinnen und Referenten dafür, den „Faktor Mensch“ in der Gleichung nicht zu vergessen. Dr. Michael Kreutzer vom Fraunhofer-Institut für Sichere Informationstechnologie in Darmstadt untersucht mit dem interdisziplinären Projekt DORIAN die Verbreitung und Bekämpfung von Desinformation. Er machte darauf aufmerksam, dass die meiste Verbreitung von Desinformation noch immer über Menschen und nicht über Maschinen erfolge. Gerade ältere Menschen seien dafür anfällig. Sein Rat: Informationen zu Ende lesen, aufmerksam sein, auf Widersprüche achten. Ein Preis des Internets sei auch der „Preis des Kostenlosen“. Die mangelnde Bereitschaft für Qualitätsjournalismus zu zahlen, erhöhe die Fehlerquellen. Aber auch an die professionellen Journalistinnen und Journalisten richtete er den Rat, dass Sorgfalt vor Schnelligkeit wieder höher geschätzt werden müsse.

Informationen einordnen und verstehen statt „Medienbedienkompetenz“

Den richtigen Umgang mit der Flut an Information zu finden, ist auch eine Aufgabe von schulischer und außerschulischer Bildung. Uwe Schmidt, Schulleiter der Gerda-Taro-Schule in Leipzig, und Jan Hünicke, Elternratsvorsitzender, zeigten anhand ihrer eigenen Pläne, wie sie Demokratiebildung und Medienkompetenz miteinander verbinden wollen. Das Vermitteln von Normen und Werten sei sowohl für die Offline- als auch die Online-Gesellschaft wichtig. Lehrer/innen könnten jedoch nicht alles, auch wenn das von der Politik gerne suggeriert werde. Deshalb

„Das größte Risiko liegt meiner Meinung nach in Falschmeldungen und Desinformation, die eine aggressive Stimmung im Vorfeld von Wahlen schaffen. Wir haben in Lateinamerika und den Vereinigten Staaten gesehen, wie manche soziale Medien genutzt haben, um Wahlbehörden zu diskreditieren. Es gab auch Versuche, Wahlen als manipuliert zu bezeichnen, weil sie nicht das erwünschte Ergebnis für einen Kandidaten herbeiführten.“

Laura Chinchilla ist Vorsitzende der Kofi Annan Commission on Elections and Democracy in the Digital Age, Vize-Präsidentin des Club of Madrid und ehemalige Präsidentin von Costa Rica.



Lesen Sie das vollständige Interview in der sef: **insight 1|2019 „Opportunities as never before to interact with citizens“**. Interview mit Laura Chinchilla über soziale Medien und ihre Rolle in der Politik. Das Interview ist auch als YouTube-Video verfügbar.

seien sie dankbar für Angebote wie die von Lie Detectors. Die belgische Organisation vermittelt Journalistinnen und Journalisten, die Schülerinnen und Schülern im Unterricht einen Einblick in die journalistische Arbeit erlauben. In zwei Unterrichtsstunden wird anhand von praktischen Beispielen erklärt, wie Nachrichten funktionieren und wie Fehler und Falschmeldungen identifiziert werden können. Die Schüler/innen sollen dadurch im kritischen Umgang mit Informationen geschult werden.

Zivilcourage ins Netz tragen

Neben Desinformation ist auch die gewaltsame Rhetorik und Auseinandersetzung im Netz im Fokus vieler vor allem zivilgesellschaftlicher Organisationen. David Scheuing, Koordinator für die Multiplikationsarbeit bei „LOVE-Storm: Gemeinsam gegen Hass im Netz“, plädierte dafür, die Grundlagen von Zivilcourage ins Netz zu bringen. Hierfür bietet die Organisation unter anderem Online-Trainings an, die Menschen darauf vorbereiten, sich selbst aktiv einzumischen. Grundsätzlich gelte es, sich Auseinandersetzungen nicht alleine zu stellen, sondern Mitstreiter/innen zu suchen und gemeinsam gegen Hass anzugehen. Schwierig sei es oft zu erkennen, ob die Gegenseite überhaupt in einen Dialog treten wolle oder sich lieber weiter in der eigenen Echokammer bewege. Diese Erfahrung macht auch Dr. Lutz Kinkel, Direktor des Europäischen Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (ECPM) in Leipzig, der gerade bei Erwachsenen einen Unterschied sieht zwischen Leuten, die zweifeln und diskussionsfähig sind, und den „Believern“, die in ihrem Glaubenssystem feststecken und mit denen man letztlich gar nicht mehr diskutieren könne. Dies koste oft Zeit und Nerven, dennoch würden sie auch beim ECPM immer wieder den Dialog (ver-)suchen.

„Aus menschlicher und politischer, aber auch regulatorischer Perspektive frage ich mich: Sollten wir Regulierungen schaffen, die auf die heutigen Plattformen zugeschnitten sind? [...] Oder sollten wir nicht besser ein Klima für die Zukunft schaffen, in dem soziale Netzwerke aufblühen können? Ein Klima, das uns ermöglicht, friedvolle und inklusive Gesellschaften zu gestalten, anstatt uns an den derzeitigen Plattformen abzuarbeiten?“

Nanjala Nyabola ist Autorin und politische Analystin aus Nairobi.



Lesen Sie das vollständige Interview in der sef: **insight 2|2019 „We need to bring the human back into the digital conversation“**. Interview mit Nanjala Nyabola über die Rolle von sozialen Medien in Kenia. Das Interview ist auch als YouTube-Video verfügbar.

Grenzen überwinden – Frieden online und offline schaffen

Dass soziale Medien nicht nur trennen, sondern auch einen können, zeigte am Ende der Konferenz insbesondere das Beispiel der Peace Factory, die der Grafiker Ronny Edry aus Tel Aviv gegründet



Dresdner Forum für Internationale Politik 2019

hat. In einem Klima, in dem die „andere Seite“ (die Palästinenser, die Iraner, die Libanesen, die Israelis) kontinuierlich als Feind dargestellt wird und ein persönliches Kennenlernen und Aufeinandertreffen überhaupt nicht möglich ist, nutzt die Peace Factory ganz explizit den „Facebook-Virus“, um diese Grenzen und Barrieren zu überwinden. Was mit einem Facebook-Post in einer Krise zwischen dem Iran und Israel begann („Dear Iranians, we love you, we don't want to bomb you/I don't hate you“), wurde mittlerweile zu einer weltweiten Kampagne mit zahlreichen Facebook-Gruppen, die Millionen Besucher generiert und sogar reale Begegnungen im Ausland ermöglicht hat. Das Erstaunlichste, so Edry, war die Erkenntnis, dass sie – egal ob Ägypter, Palästinenser, Libanesen, Iraner und Israelis – außerhalb der Konfliktzone vor allem Gemeinsamkeiten teilen: Dort seien sie die aus dem Nahen Osten, die alle mit den Händen reden, dasselbe Essen mögen, sich ähnlich sehen – und dennoch meist aufeinander schießen. Abschließend blieb die hoffnungsvolle Frage im Raum: „Can we shoot less if we post more?“

Regionale Friedenssicherung in Afrika

Für das Jahr 2019 zählte das Heidelberger Konfliktbarometer 83 aktive Konflikte in Subsahara-Afrika sowie weitere Kriege und Krisen im Maghreb. Um gewaltsame Konflikte als großes Entwicklungshemmnis einzudämmen, strebt die Afrikanische Union (AU) eine Stärkung ihrer Friedens- und Sicherheitsarchitektur (African Peace and Security Architecture, APSA) an. Zugleich profilieren sich subregionale Ad-Hoc-Bündnisse als alternative Sicherheitsgaranten. Schließlich hat sich das internationale Umfeld mit dem wachsenden Einfluss Chinas, Indiens oder Russlands auf dem afrikanischen Kontinent stark gewandelt. Wie können afrikanische Akteure eine gemeinsame Friedensagenda weiterentwickeln? Wie können sie ihr Gewicht gegenüber internationalen Partnern stärken? Diese Fragen standen im Zentrum der Potsdamer Frühjahrsgespräche am 16. und 17. Mai 2019.

Eigenständigkeit stärken

Professor Tim Murithi vom Institut für Gerechtigkeit und Versöhnung in Kapstadt beklagte eingangs ein „Dependenzsyndrom“ afrikanischer Eliten. Deren Tendenz, die Verantwortung für Frieden und Sicherheit an internationale Partner „outzusourcen“, komme einer „Selbstdemontage“ gleich. Murithi begrüßte in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Bemühungen der Afrikanischen Union, den Eigenanteil bei der Finanzierung von Friedensmissionen zu erhöhen und dafür eine Importsteuer einzuführen. Aus Sicht von Sophie Desmidt, Referentin des European Centre for Development Policy Management in Maastricht,



Potsdamer Frühjahrsgespräche 2019

verschafft der gegenwärtige AU-Reformprozess in der Tat ein „Fenster der Gelegenheit“, um die finanzielle Abhängigkeit von externen Gebern zu reduzieren. Die „härteste Nuss“ auf dem Weg zu einer effektiven APSA sei jedoch die Aufgabenverteilung zwischen Regionalorganisationen und Nationalstaaten. Dr. Jakkie Cilliers vom Institut für Sicherheitsstudien in Pretoria ergänzte, dass das existierende Mehrebenen-system schlichtweg nicht funktioniere und die Akteure permanent um Ressourcen stritten. Nötig sei vielmehr ein integriertes System mit geteilter Verantwortlichkeit. Dass es genau daran fehlt, machen die Probleme der Friedenssicherung im Sahel deutlich.

Die Krise im Sahel

Seit der Krise in Mali 2012 und den darauffolgenden Kämpfen in der Sahelzone gilt die Region als Brennpunkt für ethnische Konflikte, djihadistische Gewalt und grenzüberschreitende bewaffnete Kriminalität. Zur Bekämpfung dieser „neuen“ und fluiden Gewaltformen, so eine gängige Kritik, seien die schwerfälligen Entscheidungsstrukturen der APSA ungeeignet. Als Alternative dazu trat das subregionale Bündnis G5 Sahel auf den Plan. Hierin koordinieren Burkina Faso, Mali, Mauretanien, Niger und Tschad grenzüberschreitende Militär- und Polizeimissionen. Wie sind die Ergebnisse dieser Kooperation zu bewerten? Haben sie mehr Sicherheit geschaffen und die Chancen auf einen nachhaltigen Frieden erhöht?

Aus Sicht von Prof. Winrich Kühne von SAIS Europa in Bologna wird das Bündnis überschätzt. Es sei lediglich ein symbolpolitisches Instrument der Europäer, um die Öffentlichkeit zuhause zu beruhigen. „Die Europäer meinen es mit G5 Sahel gar nicht

GLOBALE TRENDS. ANALYSEN 02|2019

Konfliktprävention durch die UN. Den Anspruch verwirklichen

Adriana Erthal Abdenur

Gewaltsame Konflikte zu verhindern, ist das zentrale Anliegen der Charta der Vereinten Nationen. Doch bisher treten die UN eher dann in Erscheinung, wenn Konflikte bereits eskaliert sind. In GLOBALE TRENDS. ANALYSEN 2|2019 macht Adriana Abdenur konkrete Vorschläge für eine Reform der UN-Krisenprävention. Sie sieht den Schlüssel in verbesserten Methoden der Risikobewertung – unter Einbezug neuer Technologien, in einer stärkeren Verzahnung der drei Säulen Frieden/Sicherheit, Entwicklung und Menschenrechte sowie in einer evidenzbasierten Überzeugungsarbeit gegenüber Staaten und anderen Interessengruppen.



ernst“, kritisierte er. Dr. Signe Cold-Ragnvilde vom Dänischen Institut für Internationale Studien in Kopenhagen bemängelte zahlreiche Menschenrechtsverletzungen durch die Streitkräfte der G5 Sahel Mitgliedstaaten. Zudem seien die Grenzsicherungsmaßnahmen durch Militär und Polizei kontraproduktiv, denn sie zerstörten das lokale Wirtschaftsleben, das maßgeblich vom grenzüberschreitenden Kleinhandel lebe. Schließlich sei auch ein Problem, dass die G5 Sahel Staaten von ganz unterschiedlichen Akteuren unterstützt würden – neben Frankreich zum Beispiel auch Russland oder Saudi-Arabien. Dadurch könnten sie „Forum Shopping“ betreiben und mit demjenigen Partner kooperieren, der am wenigsten tiefgreifende Reformen, etwa im Sicherheitssektor, verlangt.

Dr. Lori-Anne Thérout-Bénoni, Direktorin des Regionalbüros des Instituts für Sicherheitsstudien in Dakar, plädierte für ein differenziertes Bild. Subregionale Ad-Hoc-Bündnisse wie G5 Sahel müssten nicht zwingend zu einer Erosion der APSA führen und einem nachhaltigen Frieden entgegenstehen. Mit der richtigen Mischung aus Flexibilität und regionaler Verankerung böten sie vielmehr ein Instrument, um auf sich schnell verändernde Sicherheitslagen zu reagieren. Nicht übersehen werden dürften zudem die Entwicklungspläne des G5 Sahel Sekretariats, die gerade in den Grenzgebieten strukturelle Gewaltrisiken verringern könnten.



Potsdamer Frühjahrsgespräche 2019

Afrikanisch-europäische Beziehungen

Die Europäische Union ist der größte Financier der APSA. Führt dies auch zu einer politischen Abhängigkeit afrikanischer Akteure? Yiannis Neophytou, Referatsleiter im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), sah dafür keine Anzeichen. Grundlage der Kooperation sei die Agenda 2063 der Afrikanischen Union. Selbst die thematischen Zuschnitte der Verhandlungspakete würden von den afrikanischen Partnern bestimmt.

Dr. Toni Haastrup, Senior Lecturer an der Universität Kent, sah hingegen durchaus Indizien für eine einseitige europäische Interessendurchsetzung und nannte exemplarisch die Einrichtung von Ankerzentren auf nordafrikanischen Territorien. Mehrere Teilnehmende äußerten zudem die Befürchtung, dass mit der geplanten European Peace Facility die Ungleichheit in den Beziehungen wachsen werde. Künftig könne die EU viel leichter ohne Abstimmung mit der AU Einfluss auf afrikanische Regionen nehmen. John Busuttill vom Europäischen Auswärtigen Dienst verteidigte hingegen die Reform. Unter den Vorgaben der bisherigen African Peace Facility könne die EU nicht einmal Schuhe für afrikanische Soldatinnen und Soldaten finanzieren. Die vorgeschlagene European Peace Facility würde größere Flexibilität zulassen.

Suche nach Frieden im Südsudan

Während der Einfluss der europäischen Politik im Sahel kritisiert wird, ist die Entwicklung im Südsudan eher durch die „Zahnlosigkeit“ und Passivität internationaler und regionaler Bemühungen gekennzeichnet. Abdul Mohammed, ehemaliger Stabschef und Hochrangiger Politischer Berater des High Level Implementation Panel der AU für Sudan und Südsudan, zeigte sich ernüchtert über den bisherigen Friedensprozess im Südsudan. Die Afrikanische Union und die Intergovernmental Authority on Development (IGAD) hätten gemeinsam alle Instrumente der Friedenssicherung angewendet – von Abkommen zur Macht- und Ressourcenteilung bis zu nationalen Dialogen und Versöhnungsinitiativen. Schuld am Scheitern dieser Bemühungen sei die Gier nach Öleinnahmen gewesen. Es sei an der Zeit, über unkon-

„Ich glaube heute gibt es keine afrikanischen Sicherheitsbedrohungen im Gegensatz zu globalen Sicherheitsproblemen mehr, die heutigen Trends sind alle interdependent. Wir brauchen eine gemeinsame Vorstellung davon und ein gemeinsames Narrativ darüber, was diese Probleme ausmacht und wie sie uns bei der Problemlösung zusammenführen können.“

Michelle Ndiaye ist Direktorin des Programms Frieden und Sicherheit in Afrika (APSP) am Institut für Frieden und Sicherheitsstudien der Universität Addis Abeba sowie Leiterin des Sekretariats des Tana High-Level Forums für Sicherheit in Afrika.



Lesen Sie das vollständige Interview in der sef: **insight 4|2019 „It's about common destiny and shared responsibility“**. Interview mit Michelle Ndiaye über regionale und globale Verantwortung für die Friedenssicherung in Afrika. Das Interview ist auch als YouTube-Video verfügbar.

ventionelle Friedensmaßnahmen nachzudenken. Die Notwendigkeit einer gründlichen Reflektion betonte auch Marina Peter, Senior Political Advisor für das Horn von Afrika und Ostafrika von Brot für die Welt. Es habe einen „Goldrausch“ für Friedensarbeit durch NGOs gegeben, man habe aber viel zu wenig über die Konflikte gewusst und sei als „nützliche Idioten“ instrumentalisiert worden. Die Kriegsparteien würden schon wieder Kämpfer rekrutieren.

Was ist in dieser Situation zu tun? Peter mahnte mehr Bescheidenheit und eine größere Lernbereitschaft auf Seiten der humanitären Helfer an: „Lasst uns groß denken, aber klein handeln.“ Zudem brauche es Geduld. Die ältere Generation im Südsudan



Potsdamer Frühjahrsgespräche 2019

kenne nur den Krieg. Die junge Generation werde die Dinge einmal anders angehen. In der lokalen Zivilgesellschaft gebe es außerdem viele Beispiele für ein friedliches und kooperatives Zusammenleben. Mohammed zufolge sollte die südsudanesischen Regierung stärker unter Druck gesetzt und ihre internationale Legitimierung von Fortschritten im Friedensprozess abhängig gemacht werden. Zudem müsse systematischer gegen die Verwendung von Öleinnahmen für Kriegszwecke vorgegangen werden – etwa durch das Einfrieren von Konten.

Chinas Sicherheitskooperation mit Afrika

Wenn andere sich zurückziehen oder nicht durchsetzen können, wäre dann nicht China ein geeigneter neuer Partner? Oder wird es, so wie die klassischen Interventionsmächte früher, die afrikanischen Akteure auseinanderdividieren? Die chinesischen Investitionen in Afrika seien intransparent und kämen zu oft nur korrupten Eliten zugute, kritisierte ein Teilnehmer. Er befürchte, dass Chinas Vorgehen in Afrika nach einem kolonialen Muster ablaufe, wandte ein anderer Teilnehmer ein. Ein dritter Teilnehmer zeigte sich optimistischer: „Wenn andere Probleme

in Afrika sehen, sieht China Chancen“. Kein anderer Akteur sei in der Lage, die Infrastrukturlücke in Afrika zu schließen, und aus der Vergangenheit hätten afrikanische Akteure gelernt, sich in Verhandlungen zu behaupten.

Tatsächlich sei es die Hoffnung auf größere Autonomie, die China für manche afrikanische Staaten attraktiv mache, erklärte Professor Charles Ukeje von der Obafemi Awolowo Universität in Ile-Ife, Osun: „Wenn wir etwas nicht vom Westen bekommen, dann eben vom Osten.“ Vor allem könne man so unangenehme Fragen zur Menschenrechtslage ausklammern. Professor Zhang Chun vom Zentrum für Afrikastudien der Yunnan Universität in Kunming bestritt, dass China zu innenpolitischen Fragen schweige. Es thematisiere diese allerdings nicht in einem bilateralen Rahmen, sondern über multilaterale Plattformen wie die Afrikanische Union. Diese könne Maßnahmen autorisieren, die sonst dem Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten zuwiderliefen. Sabine Mokry vom Mercator Institut für Chinastudien in Berlin entgegnete, dass die Zusammenarbeit mit der AU faktisch sehr stark von China dominiert werde und daher nur dem Anschein nach multilateral sei.

Was bedeutet Chinas wachsendes Engagement für Europa? In jedem Fall sollten die EU, die AU und China einen Dialog aufnehmen und ihre Aktivitäten besser koordinieren, sagte Mokry. Die Konkurrenz zwischen China und westlichen Staaten könne auch attraktivere Kooperations- und Hilfsangebote hervorbringen, gab Chun zu bedenken. China werde nicht als Lückenfüller bereitstehen und verfolge eigene Zielsetzungen, zeigte sich Ukeje überzeugt. Ein gewisses Maß an Wettbewerb und konkurrierenden Initiativen zwischen Europa, den USA und China sei daher unvermeidlich.

Weitere sef: insights zu den Potsdamer Frühjahrsgesprächen 2019

sef: insight 3|2019

„There is a need for well agreed coordination mechanisms“

Interview mit Cyriaque P. Agnekethom über regionale Friedenszusammenarbeit in Westafrika

sef: insight 5|2019

„Institutional frameworks are often lagging behind the reality on the ground“

Interview mit Dr. Lori-Anne Théroux-Bénoni über das regionale Krisenmanagement im Sahel

sef: insight 6|2019

„We always regard development as our highest priority“

Interview mit Professor Dr. Zhang Chun über die afrikanisch-chinesische Sicherheitskooperation

Walk the Talk

Das abschließende Panel widmete sich übergreifenden praktischen Ansätzen zur Verbesserung der regionalen Friedenssicherung. Auf akkurate Lage-



Potsdamer Frühjahrsgespräche 2019

beschreibungen folge oft keine schnelle Reaktion der AU, kritisierte Michelle Ndiaye, Direktorin des Programms Frieden und Sicherheit in Afrika des Instituts für Frieden und Sicherheitsstudien der Universität Addis Abeba. Das liege an einer unklaren Doktrin und der prekären Finanzierung der

AU-Friedensmissionen. Professor Ulf Engel vom Institut für Afrikastudien an der Universität Leipzig wies in diesem Zusammenhang auf erste Erfolge der Finanzreformen der AU hin. Noch 2014 sei das operationelle Budget für Friedensmissionen zu 100% durch externe Geber bezahlt worden, gegenwärtig stammten immerhin 43% aus Beiträgen der AU-Mitgliedstaaten.

Es sei richtig, dass die AU mit der Mandatierung subregionaler Missionen auf veränderte Sicherheitsbedrohungen reagiere, erläuterte Dr. Emma Birikorang, die Leiterin des Programms für friedensunterstützende Einsätze am Kofi Annan Peacekeeping Training Centre in Accra. Der Wettbewerb zwischen der AU und den Regionalorganisationen bleibe aber problematisch. Ndiaye und Engel setzten hier größere Hoffnungen auf den laufenden AU-Reformprozess. Die AU sollte sich auf die Rolle als zentrales Beratungs- und Entscheidungsgremium („convening power“) beschränken, die Umsetzung der Beschlüsse aber den Regionalorganisationen überlassen, argumentierte Ndiaye.

Von den Erfahrungen anderer lernen

In seinem Ausblick argumentierte sef: Vorstandsmitglied Professor Tobias Debiel von der Universität Duisburg-Essen, dass afrikanische Eigenständigkeit unter den Bedingungen der Globalisierung nicht als Abschottung verstanden werden sollte. Realistischer sei der Anspruch, eigenständige Strategien unter Berücksichtigung der Erfahrungen anderer Kontinente zu entwickeln. Dies könne auf eine selektive Aneignung sowohl europäischer als auch chinesischer Erfahrungen hinauslaufen.

Wiederaufbau als Chance? Die Rolle externer Akteure in der MENA-Region

Zahlreiche Länder im Nahen und Mittleren Osten und Nordafrika (MENA) sind in den vergangenen Jahrzehnten wiederholt von Kriegen und gewaltsamen Konflikten erschüttert worden. In vielen dieser Länder dauern die Auseinandersetzungen an. Allein durch die Bürgerkriege in Syrien, Libyen und dem Jemen liegen Schätzungen zufolge die Schäden und

for Conflict and Humanitarian Studies am Doha Institute for Graduate Studies, verwies darauf, dass „Do no harm“ ein eher minimalistischer Ansatz sei. „Do no harm“ sei entwickelt worden, um im Kontext von humanitärer Hilfe Schaden zu minimieren und den externen Akteuren ins Bewusstsein zu rufen, wie sie vor Ort wirken. Dieser Ansatz reiche heute nicht mehr aus: „Wir sollten uns daran orientieren, Gutes zu tun und nicht bloß keinen Schaden anzurichten.“



Berliner Sommerdialog 2019, Öffentliche Abendveranstaltung

wirtschaftlichen Verluste bei über 300 Milliarden Dollar; nicht erfasst sind dabei das menschliche Leid und die langfristigen Folgen für die betroffenen Gesellschaften. Vor diesem Hintergrund diskutierten beim Berliner Sommerdialog am 18. und 19. Juni 2019 internationale Expertinnen und Experten über die Frage, wie Wiederaufbaumaßnahmen in der MENA-Region gestaltet werden müssen, um eine langfristig friedensfördernde Wirkung zu entwickeln.

„Do no harm“ – Reicht das aus?

Deutlich wurde, dass ein reines Wiederherstellen alter Strukturen nicht das Ziel sein kann. Dr. Ellen Hamilton, Spezialistin für Wiederaufbau bei der Weltbank in Washington, D.C., warnte ausdrücklich davor, einfach nur „wiederaufzubauen“, was zuvor da war: „Wenn wir in der MENA-Region lediglich physisch, wirtschaftlich und sozial wiederaufbauen, werden wir nicht dazu beitragen, dass es langfristig in der Region friedlicher wird.“ Ihrer Erfahrung nach sei es wichtig, dass man auch bei längerfristigen Konflikten Möglichkeiten findet, wie alle Menschen sozial und wirtschaftlich eingebunden werden können. Man sollte nicht auf den richtigen Moment warten, um Wiederaufbau zu leisten, sondern lokal schon frühzeitig kleine Schritte gehen.

In der Frage, welche Auswirkungen das internationale Engagement im Wiederaufbau hat, wurde auch auf das Konzept „Do no harm“ Bezug genommen. Professor Sultan Barakat, Gründer und Direktor des Center

for Conflict and Humanitarian Studies am Doha Institute for Graduate Studies, verwies darauf, dass „Do no harm“ ein eher minimalistischer Ansatz sei. „Do no harm“ sei entwickelt worden, um im Kontext von humanitärer Hilfe Schaden zu minimieren und den externen Akteuren ins Bewusstsein zu rufen, wie sie vor Ort wirken. Dieser Ansatz reiche heute nicht mehr aus: „Wir sollten uns daran orientieren, Gutes zu tun und nicht bloß keinen Schaden anzurichten.“

Ekkehard Brose, Beauftragter für zivile Krisenprävention und Stabilisierung im Auswärtiges Amt, betonte hingegen, dass der Grundsatz des „Do no harm“ von Berlin aus betrachtet einfach scheine. In der Realität vor Ort sei er aber nicht immer so leicht umzusetzen, auch wenn die Intention da sei. Für externe Akteure sei es oft nicht leicht herauszufinden, mit welchen Partnern man vor Ort zusammenarbeiten könne, erläuterte Prof. Dr. Claudia Warning, Abteilungsleiterin „Naher Osten, Asien, Lateinamerika und Südosteuropa“ im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Es gelte sicherzustellen, dass die Mittel, die investiert werden, nicht in falsche Hände geraten.

Wirtschaftliche und soziale Folgen des Krieges überwinden

Dass die Mittel für einen Wiederaufbau in der Region nicht allein von außen kommen können, darin waren sich das Auswärtige Amt und das BMZ einig. Prof. Dr. Warning betonte die wirtschaftliche Eigenverantwortung der lokalen Bevölkerung. Zentral sei die Schaffung von Arbeitsplätzen und damit die Möglichkeit, den eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten. Für die internationale Gemeinschaft sei es eine Herausforderung sicherzustellen, dass die Menschen sich nicht auf Gehaltslisten der internationalen Gemein-

„Es sollte beim Wiederaufbau darauf geachtet werden, was die Menschen vor Ort benötigen. Als die Innenstadt von Beirut wiederaufgebaut wurde, konnten sich die etablierten Geschäfte die Mieten nicht mehr leisten. Auch für Privatleute ist es zu teuer, um dort zu wohnen. Dies zeigt, dass der Wiederaufbau in Beirut überhaupt nicht auf das einging, was für die lokale Bevölkerung von Bedeutung ist.“

Dr. Aseel Sawalha ist Lehrbeauftragte für Anthropologie an der Fordham Universität.



Lesen Sie das vollständige Interview in der sef: **insight 7|2019 „We need to get away from neoliberal policies in reconstruction“**. Interview mit Aseel Sawalha zu den Lehren aus Beirut. Das Interview ist auch als YouTube-Video verfügbar.

schaft einschreiben und langfristig von humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit abhängig sind. Ekkehard Brose verwies auf lokal vorhandene Ressourcen – wie die Erdölvorräte im Irak –, deren



Berliner Sommerdialog 2019 im Roten Rathaus

Verkaufserlöse für den Wiederaufbau genutzt werden müssten.

Neben den Bemühungen um neue wirtschaftliche Perspektiven in Konfliktländern spielen auch soziale und gesellschaftliche Fragen eine wichtige Rolle. Azzam Moustafa, Friedens- und Konfliktberater aus Köln, der unter anderem im Libanon gearbeitet hat, unterstrich die Notwendigkeit, einen neuen gesellschaftlichen Zusammenhalt zu schaffen. Dies sei ein übergeordnetes Ziel, das in allen Projekten verankert werden müsse. Allerdings sei seine Erfahrung auch, dass dies für viele Menschen vor Ort oft nachrangig sei, da sie in ihrer Situation als Geflüchtete zunächst lebenswichtige Leistungen benötigten – Essen, Medikamente, Schulbildung. Samah Halwany, Beraterin für soziale Entwicklung und Friedensförderung in Konfliktsituationen und Post-Konflikten aus Beirut, merkte an, dass nicht nur Kinder darin geschult werden sollten, wie ein friedliches Zusammenleben in einer Gesellschaft gestaltet werden kann, sondern alle Generationen. Auch ihrer Generation fehle es an Wissen, wie man sich trotz der traditionellen politischen Praxis als gute Bürger in eine Gesellschaft einbringen kann. Bereits vor dem Bürgerkrieg habe

die politische Elite keine wirkliche Partizipation außerhalb der eigenen Klientel ermöglicht, auch habe sie keine sozialen, wirtschaftlichen oder politischen Lösungen für ein friedvolles Miteinander entwickelt.

In ihrer Arbeit im Jemen machte Rasha Jarhum, Jemenitin und Gründerin der Peace Track Initiative, die Erfahrung, dass gerade Frauen diejenigen sind, die versuchen, die Gemeinschaft zusammen zu halten: „Die Frauen vor Ort sind die wirklichen Heldinnen.“ Da sie bereits einen wichtigen Teil zur lokalen Friedensarbeit beitragen würden, sei es wichtig, sie auch an offiziellen Verhandlungen und Planungen zum Wiederaufbau zu beteiligen.

Vom sozialen Zusammenhalt zur Neuordnung der Gesellschaften

Um im Zuge des Wiederaufbaus Grundsteine für einen langfristigen Frieden zu legen, spielt die zukünftige Gestaltung der Gesellschaftsverträge in der Region eine wichtige Rolle. Thomas Claes, Projektleiter „For Socially Just Development in the MENA Region“ bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tunis, beschrieb die bisherigen Gesellschaftsverträge in vielen Ländern als „minimale soziale Sicherheit und gleichzeitig maximale Repression“. Er spreche daher lieber von sozialer Gerechtigkeit, die hergestellt werden sollte, wie es die Demonstrantinnen und Demonstranten im Arabischen Frühling auf der Straße riefen.

Rejna Alaaldin, Gründerin der Beraterfirma KLS und Rechtsberaterin im Irak für MADRE, einer internationalen Menschenrechtsorganisation, schilderte ihre eigenen Erfahrungen aus dem Irak. Die Regierung habe versucht, den Gesellschaftsvertrag zu erneuern, aber letztlich habe sie lediglich den bisherigen bestätigt. Der soziale Frieden sei durch die Ölgeschäfte erkaufte worden. Doch der Staat habe sich verkalkuliert. Als die Regierung keine Jobs mehr anbieten können, seien die Menschen aus Verzweiflung auf die Straße gegangen: „Die Regierung muss verschiedene wirtschaftliche Aktivitäten zulassen und die Abhängigkeit der Bevölkerung vom öffentlichen Sektor reduzieren.“ Alaaldin betonte, dass sie grundsätzlich einen Gesellschaftsvertrag für essenziell halte. Durch ihn könne klar geregelt werden, was Bürger und Staat gegenseitig voneinander erwarten.

Rawan Khalfallah, Friedensaktivistin von der Organisation „Together we build it“ aus Tripolis, betonte am Ende der Konferenz, dass es nicht darum gehe, alle bislang Regierenden aus ihren Machtpositionen zu vertreiben. „Aber wir wollen einen inklusiveren Ansatz. Denn das ist es, worum es bei einem Gesellschaftsvertrag geht – einen Prozess und nicht das Ende. Wir wollen ein lebendiges Dokument gestalten, das den Bedürfnissen der Gesellschaft Rechnung trägt und nicht einzelne begünstigt und Großteile der Gesellschaft ausschließt.“

Weiteres sef: insight zum Berliner Sommerdialog 2019

sef: insight 8|2019

„Investing in human capital is very important for reconstruction efforts“

Interview mit Rasha Jarhum zu den Perspektiven des Jemen

• **sef: Finanzen**

Finanzbericht

Das Wirtschaftsjahr 2019 war für die Stiftung ein durchschnittliches, mit nur geringen Veränderungen in den einzelnen Positionen. Die Erträge und Einnahmen lagen mit insgesamt 584.932 Euro knapp unter denen des Vorjahres (588.978 Euro) und die Ausgaben mit 577.841 Euro lediglich 2% über dem letzten Wirtschaftsjahr (565.754 Euro).

Der Kapitalmarkt hat sich auch in 2019 nicht erholt; der negative Trend bei den Ausschüttungen hat sich entsprechend weiter fortgesetzt. Die Erträge aus Finanzanlagen (nachhaltige Fonds) sowie aus Sonstigen Zinsen und Erträgen sind insgesamt um 3,75% niedriger ausgefallen als im Vorjahr.

Trotz anhaltend schwieriger Situation bei den Erträgen aus dem Stiftungskapital konnte die sef: ihre Einnahmen durch die Akquisition von Drittmitteln stabilisieren. Zuschüsse und finanzielle Förderung hat die sef: vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, der Engagement Global gGmbH, den Stifterländern Nordrhein-Westfalen und Sachsen sowie von der Stiftung Internationale Begegnung der Sparkasse in Bonn erhalten. Darüber hinaus wurde die sef: von den Stifterländern Brandenburg und Berlin sowie von der Stadt Bonn mit Sachleistungen unterstützt.

Insgesamt erzielte die sef: im Wirtschaftsjahr 2019 einen geringen Überschuss von 7.091 Euro

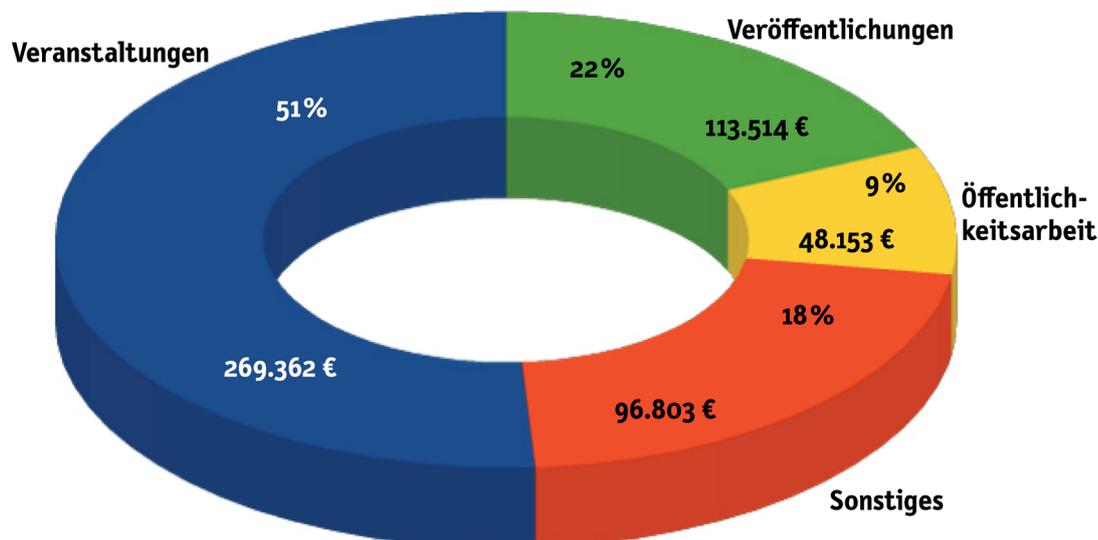
(Vorjahr 22.724 Euro), der den freien Rücklagen und darin der Kapitalerhaltungsrücklage zugeführt wurde.

Wie aus der Gewinn- und Verlustrechnung auf der folgenden Seite hervorgeht, werden die Personalkosten im Jahresabschluss formal korrekt in einer einzigen Position zusammengefasst. Durch diese Systematik werden die tatsächlichen Aufwendungen für die einzelnen Tätigkeitsfelder der sef: aus dem Jahresabschluss nicht ersichtlich. Denn die bei der Stiftung geleistete Arbeit dient vor allem der Realisierung von Projekten, konkret sind dies Publikationen, Veranstaltungen und die Öffentlichkeitsarbeit. Nur ein geringer Anteil der Personalkosten entfällt auf Verwaltung und Gremienarbeit.

Den durchschnittlichen Anteil der Aufwendungen für Veranstaltungen, Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit für die Jahre 2015-2019 zeigt die untenstehende Grafik. Sie macht deutlich, dass über 80% der bei der sef: anfallenden Kosten auf die Projekte und nur 18% auf den Bereich Sonstiges entfallen. Unter Sonstiges sind die Aufwendungen für Büromiete und Nebenkosten, EDV-Ausstattung und -Betreuung, Kopierer und Büromaterial sowie Konferenzmaterialien zusammengefasst. Ferner sind darin die Verwaltungsaufgaben einschließlich der Gremienarbeit und die Finanzplanung enthalten. Ein Grund für die geringen Verwaltungskosten ist die ehrenamtliche Tätigkeit aller Gremienmitglieder und insbesondere des sef: Vorstands.

sef: Ausgaben im Zeitraum 2015-2019

Dargestellt sind die durchschnittlichen Ausgaben nach Tätigkeitsfeldern einschließlich der jeweiligen Personalaufwendungen



Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2019

	EUR	31.12.2019 EUR	EUR	31.12.2018 EUR
I. Erträge				
1. Zuwendungen		374.351,31		369.692,91
Personalkostenzuschuss Land NRW	151.200,00		151.200,00	
Projektzuschüsse aufgewendet	223.151,31		218.492,91	
2. Erträge Finanzanlagen		185.827,00		193.563,80
3. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		17.868,40		18.379,32
Zinserträge Bankkonten und liquide Mittel (Festgeld)	0,30		0,40	
Bestandsvergütungen	17.868,10		18.378,92	
4. Erlöse (Verlagshonorare, Lizenzen, Buchverkauf)		0,00		313,02
5. Sonstige Erträge		6.885,82		6.529,18
Buchgewinne aus Abgang Finanzanlagen	0,00		0,00	
Erträge aus Auflösungen von Rückstellungen	1.026,88		402,63	
Versicherungsentschädigung	5.858,94		6.126,55	
Summe Erträge		584.932,53		588.478,23
II. Aufwendungen				
6. Publikations- und Veranstaltungsaufwand		-165.475,92		-167.172,61
a) Veröffentlichungen	-20.170,21		-26.045,31	
b) Veranstaltungen	-143.095,56		-130.553,41	
c) Öffentlichkeitsarbeit	-2.094,26		-10.565,60	
d) Sonstige Projektkosten	-115,89		-8,29	
7. Personalaufwand		-356.698,23		-338.132,33
a) Löhne und Gehälter	-282.295,80		-268.840,88	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen zur Altersversorgung und Unterstützung	-74.402,43		-69.291,45	
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-876,34		-1.428,93
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-54.791,38		-59.020,28
a) Miete inkl. NK, Reinigung, Reparaturen	-19.534,37		-21.335,18	
b) Versicherungen und Beiträge	-1.790,73		-1.696,61	
c) EDV (Beratung, Betreuung)	-3.419,41		-3.794,71	
d) Leasing, Miete und Wartung Geräte	-3.145,76		-4.108,41	
e) Telefon und Internet Standleitung	-1.087,32		-951,17	
f) Buchführung, StB, Abschluss- und Prüfungskosten	-8.084,33		-8.113,84	
g) Betriebskosten (Bürobedarf, Porto, Bank, RK GF, ...)	-12.340,81		-10.746,39	
h) Gremien	-5.386,65		-8.273,97	
i) Abgänge des Anlagevermögens (Buchverluste)	-2,00		0,00	
Summe Aufwendungen		-577.841,87		-565.754,15
10. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		7.090,66		22.724,08
11. Einstellung in den Posten Umschichtungsergebnisse		0,00		0,00
12. Einstellung in die Rücklagen				
a) Kapitalerhaltungsrücklage		-7.090,66		-22.724,08
b) Übrige freie Rücklage		0,00		0,00
13. Bilanzgewinn		0,00		0,00

• sef: Intern

sef: Vorstand (Stand: 31. Dezember 2019)

Die Kuratoriumssitzung für das Jahr 2019 fand erst im Januar 2020 statt, sodass der Vorstand bis zur Neuberufung im Amt blieb.

Vorsitzende

Renate Maria Hendricks, ehemaliges Mitglied im Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Stellvertretende Vorsitzende

Prof. Dr. Helmut Breitmeier, Professor für Internationale Beziehungen am Institut für Politikwissenschaft an der Justus-Liebig-Universität Gießen

Dr. Gerd Harms, Staatssekretär a.D., Potsdam

Schatzmeister

Klaus Brückner, Ministerialrat a.D., Berlin

Weitere Mitglieder

Prof. Dr. Tobias Debiel, Direktor des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF), Duisburg, Direktor am Käte Hamburger Kolleg „Politische Kulturen der Weltgesellschaft“, Duisburg

Dr. Julia Leininger, Leitung Forschungsprogramm „Transformation politischer (Un-)Ordnung: Institutionen, Werte und Frieden“, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn

sef: Kuratorium (Stand: 31. Dezember 2019)

Vorsitzender des Kuratoriums

Armin Laschet, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

Stellvertretende Vorsitzende

Michael Kretschmer, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen

Michael Müller, Regierender Bürgermeister von Berlin

Dr. Dietmar Woidke, Ministerpräsident des Landes Brandenburg

Weitere Mitglieder

Wolfgang Blasig, Landrat des Landkreises Potsdam-Mittelmark

Dr. Rolf Böhnke, Ministerialrat a.D., Bonn

Dr. Joana Breidenbach, Sozialunternehmerin Mitbegründerin von betterplace.org, Berlin

Stefan Engstfeld MdL, Mitglied im Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Dr. Maria Flachsbarth MdB, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bonn

Alexander Graf Lambsdorff MdB, Stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestags, Berlin

Serap Güler, Staatssekretärin für Integration im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Dr. Andreas Hollstein, Bürgermeister der Stadt Altena

Dr. Stephan Holthoff-Pförtner, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Prof. Dr. Uwe Holtz, Honorarprofessor für Politische Wissenschaft und Senior Fellow am Zentrum für Entwicklungsforschung der Universität Bonn



Abendveranstaltung in der Frauenkirche Dresden

Volkmar Klein MdB, Mitglied im Ausschuss für internationale Zusammenarbeit des Deutschen Bundestags, Berlin

Karin Kortmann, Leiterin der Berliner Repräsentanz der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)

Heinz-Joachim Lohmann, Studienleiter für Demokratische Kultur und Kirche im ländlichen Raum, Evangelische Akademie zu Berlin

Dr. Claudia Lücking-Michel, Geschäftsführerin Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH) e.V., Köln

Thomas Nückel MdL, Mitglied im Ausschuss für Europa und Internationales im Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Uwe Prüfer, 2. Sprecher, Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e.V. (VENROB), Potsdam



Potsdamer Frühjahrsgespräche 2019

Christian Rickerts, Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe des Landes Berlin

Dr. Norbert Röttgen MdB, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestags, Berlin

Dr. Imme Scholz, Kommissarische Direktorin des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn

Verica Spasovska, Programmleitung/Events Deutsche Welle, Bonn

Heike Spielmans, Geschäftsführerin des Verbandes Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe e.V. (VENRO), Berlin/Bonn

Ashok-Alexander Sridharan, Oberbürgermeister der Bundesstadt Bonn

Octavian Ursu, Oberbürgermeister der Stadt Görlitz

Elke Weißer, Geschäftsführung und pädagogische Leitung Entwicklungspolitisches Bildungs- und Informationszentrum e.V. - EPIZ, Berlin

Dr. jur. Ingo Wolf, ehemaliges Mitglied im Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Serdar Yüksel MdL, Vorsitzender des Petitionsausschusses des Landtags Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

sef: Beirat (Stand: 31. Dezember 2019)

Vorsitzende des Beirats

Dr. Marianne Beisheim, Wissenschaftlerin in der Forschungsgruppe „Globale Fragen“, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

Weitere Mitglieder

Prof. Dr. Lothar Brock, Seniorprofessor an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, Gastforscher an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt am Main

Prof. Dr. Nicole Deitelhoff, Professorin für Internationale Beziehungen und Theorien globaler Ordnung, Goethe-Universität Frankfurt am Main, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt am Main

Prof. Dr. Claudia Derichs, Professorin für Vergleichende Politikwissenschaft / International Development Studies Universität Marburg

Dr. h.c. Cornelia Füllkrug-Weitzel, Präsidentin Brot für die Welt und Diakonie Katastrophenhilfe, Berlin

Dr. Maja Göpel, Generalsekretärin des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU), Berlin

Ingrid-Gabriela Hoven, Leiterin der Abteilung „Globale Zukunftsaufgaben“ im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Bonn

Prof. Dr. Andrea Liese, Professur für Internationale Organisationen und Politikfelder Universität Potsdam

Jens Martens, Geschäftsführender Vorstand, Global Policy Forum Europe (GPF), Bonn



Bonn Symposium 2019: Lego Serious Play

Prof. Dr. Henning Melber, Präsident der European Association of Development Research and Training Institutes (EADI), Direktor Emeritus der Dag Hammarskjöld Stiftung, Uppsala

Andreas Proksch, Leiter des Bereichs GloBe der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, Bonn

Prof. Dr. Jakob Rhyner, Professor für Globalen Wandel und systemische Risiken an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und Wissenschaftlicher Direktor des Innovation Campus Bonn (ICB)

Prof. Dr. Conrad Schetter, Direktor des Bonn International Centre for Conversion (BICC), Bonn

Prof. Dr. Dr. h.c. Dieter Senghaas, Senior Fellow am Institut für Interkulturelle und Internationale Studien, Universität Bremen

Prof. Dr. Dominik Steiger, Professor für Völkerrecht, Europarecht und Öffentliches Recht an der Technischen Universität Dresden

sef: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Stand: 31. Dezember 2019)

Dr. Mischa Hansel
Wissenschaftlicher Referent

Heike König
Assistentin der Geschäftsführung

Sandra Machwitz
Wissenschaftliche Hilfskraft

Larissa Neubauer
Wissenschaftliche Referentin

Dr. Michèle Roth
Geschäftsführerin

Gerhard Süß-Jung
Finanz- und Konferenzmanager

Kooperationspartner und Förderer 2019

Im Jahr 2019 kooperierte die sef: erneut mit einer Vielzahl von Projektpartnern. Diese trugen sowohl durch inhaltlichen Rat und die Identifizierung und Vermittlung von Expertinnen und Experten als auch finanziell wesentlich zum Gelingen vieler sef: Vorhaben bei.

Wir danken

- CIDSE - International Alliance of Catholic Development Agencies, Brussels
- Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Bonn/Eschborn

- Engagement Global GmbH
- Freistaat Sachsen
- ICLEI – Local Governments for Sustainability, Bonn
- Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), Universität Duisburg-Essen



Bonn Symposium 2019

- Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW), ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH, Bonn
- Stiftung Frauenkirche Dresden
- Sustainable Development Solutions Network (SDSN) Germany, Bonn

Die sef: dankt zudem den zahlreichen Förderern, die ausgewählte sef: Projekte durch finanzielle Mittel, durch ihre Räumlichkeiten und/oder durch die Ausrichtung eines Empfangs im Rahmen von sef: Veranstaltungen unterstützten:

- Bundesstadt Bonn
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
- Deutsche Welle, Bonn
- sef: Stifterland Berlin
- sef: Stifterland Brandenburg
- sef: Stifterland Nordrhein-Westfalen
- sef: Stifterland Sachsen
- Stiftung Internationale Begegnung der Sparkasse in Bonn

Die sef: war 2019 Mitglied in folgenden Foren

- Initiative Transparente Zivilgesellschaft
- Plattform Zivile Konfliktbearbeitung
- VENRO - Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

Veranstaltungen, Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit 2019

Veranstaltungen 2019

sef: Policy Lunch

Die Zukunft der Arbeit gestalten. Die Bedeutung des ILO-Reports für die EU

gefördert durch das Stifterland NRW

Programmbereich II: Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung – Regionale und lokale Umsetzung
Brüssel, NRW-Landesvertretung, 26. Februar 2019

Parlamentarischer Abend

Verdeckte externe Einflussnahme über soziale Medien: Ein Thema für die Vereinten Nationen?

Programmbereich I: Normative Herausforderungen für Global Governance

Berlin, Deutsche Parlamentarische Gesellschaft, 12. März 2019

Dresdner Forum für Internationale Politik 2019

Partizipation oder Polarisierung? Soziale Medien und gesellschaftlicher Frieden

in Kooperation mit dem Freistaat Sachsen, der Stiftung Frauenkirche Dresden, Engagement Global

Programmbereich III: Internationale Verantwortung in Krisen und Konflikten

Dresden, 19.-20. März 2019 (2-tägige Fachveranstaltung mit öffentlicher Abendveranstaltung)

Potsdamer Frühjahrsgespräche 2019

Friedenssicherung in Afrika. Wege zu mehr regionaler Eigenständigkeit

in Kooperation mit GIZ/BMZ, gefördert durch das Stifterland Brandenburg

Programmbereich III: Internationale Verantwortung in Krisen und Konflikten

Potsdam, NH Hotel Potsdam, 16.-17. Mai 2019

sef: Mitwirkung am Deutsche Welle Global Media Forum

Tête-à-Tête

Shifting powers and democratic accountability: The role of global investigative journalism

Programmbereich I: Normative Herausforderungen für Global Governance

Veranstalter: Deutsche Welle

Bonn, WCCB, 28. Mai 2019 (1-stündiges Zwiegespräch)

Berliner Sommerdialog 2019

Wiederaufbau als Chance nutzen? Die Rolle externer Akteure in der MENA-Region

gefördert durch das BMZ und das Stifterland Berlin

Programmbereich III: Internationale Verantwortung in Krisen und Konflikten

Berlin, Berliner Rathaus, 18.-19. Juni 2019 (1-tägige Fachkonferenz mit öffentlicher Abendveranstaltung)

International sef: Expert Workshop 2019

The Essential World Organisation – Reinvigorating the UN at 75

in Kooperation mit dem Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) an der Universität Duisburg-Essen

gefördert durch das Stifterland NRW

Programmbereich I: Normative Herausforderungen für Global Governance

Duisburg, 3.-4. September 2019

sef: Policy Lunch

Bridging the gap – How to reconcile the EU with a UN treaty on business and human rights

in Kooperation mit CIDSE, gefördert durch das Stifterland NRW

Programmbereich I: Normative Herausforderungen für Global Governance

Brüssel, NRW-Landesvertretung, 19. November 2019

Bonn Symposium 2019

Mit Nachhaltigkeit überzeugen – in Kommunen und Regionen weltweit

in Kooperation mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/Engagement Global gGmbH,

sowie gefördert durch das Stifterland NRW und die Stiftung Internationale Begegnung der Sparkasse in Bonn

Programmbereich II: Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung – Regionale und lokale Umsetzung

Bonn, Deutsche Welle, 27.-28. November 2019

Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit 2019

GlobALE TRENDS. ANALYSEN (deutsch/englisch)

GLOBALE TRENDS. ANALYSEN 01|2019

Mobilität von Arbeit vs. Kapital: Eine Global-Governance-Perspektive

Stuart Rosewarne & Nicola Piper, März 2019

Programmbereich I: Normative Herausforderungen für Global Governance

GLOBALE TRENDS. ANALYSEN 02|2018

Konfliktprävention durch die UN. Den Anspruch verwirklichen

Adriana Erthal Abdenur, Dezember 2019

Programmbereich III: Internationale Verantwortung in Krisen und Konflikten

Global Governance Spotlight (deutsch/englisch)

Global Governance Spotlight 1/2019

Die Zukunft der Arbeit – und der ILO. Von der Normsetzung zur Normdurchsetzung

Markus Demele, Februar 2019

Programmbereich II: Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung – Regionale und lokale Umsetzung

Global Governance Spotlight 2/2019

Internationale Regeln für soziale Medien.

Menschenrechte wahren und Desinformation bekämpfen

Matthias C. Kettemann, März 2019

Programmbereich I: Normative Herausforderungen für Global Governance

Global Governance Spotlight 3/2019

75 Jahre UN-Charta. Überprüfung dringend erforderlich

Tim Murithi, Juli 2019

Programmbereich I: Normative Herausforderungen für Global Governance

Global Governance Spotlight 4/2019

Digitale öffentliche Güter. Eine Voraussetzung für die Umsetzung der SDGs

Anita Gurumurthy und Nandini Chami, September 2019

Programmbereich II: Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung – Regionale und lokale Umsetzung

Global Governance Spotlight 5/2019

Multilateralismus gestalten! Prinzipien und Chancen multilateraler Kooperation in den UN

Gisela Hirschmann und Cornelia Ulbert, November 2019

Programmbereich I: Normative Herausforderungen für Global Governance

sef: insight (englisch)

sef: insight 1|2019

„Opportunities as never before to interact with citizens“

Interview mit Laura Chinchilla über social media und die Rolle in der Politik

sef: insight 2|2019

„We need to bring the human back into the digital conversation“

Interview mit Nanjala Nyabola über die Rolle von social media in Kenia

sef: insight 3|2019

„There is a need for well agreed coordination mechanisms“

Interview mit Cyriaque P. Agnekethom über regionale Friedenszusammenarbeit in Westafrika

sef: insight 4|2019

„It’s about common destiny and shared responsibility“

Interview mit Michelle Ndiaye über regionale und globale Verantwortung für die Friedenssicherung in Afrika

sef: insight 5|2019

„Institutional frameworks are often lagging behind the reality on the ground“

Interview mit Dr. Lori-Anne Thérooux-Bénoni über das regionale Krisenmanagement im Sahel

sef: insight 6|2019

„We always regard development as our highest priority“

Interview mit Professor Dr. Zhang Chun über die afrikanisch-chinesische Sicherheitskooperation

sef: insight 7|2019

„We need to get away from neoliberal policies in reconstruction“

Interview mit Aseel Sawalha zu den Lehren aus Beirut

sef: insight 8|2019

„Investing in human capital is very important for reconstruction efforts“

Interview mit Rasha Jarhum zu den Perspektiven des Jemen

sef: insight 9|2019

„This is fundamentally an issue of procedural justice“

Interview mit Mithika J. Mwenda über Klimagerechtigkeit und die Stimme lokaler Gemeinschaften

sef: insight 10|2019

„There is a need to amend tender procedures“

Interview mit Ntomboxolo Cynthia Ngxsha über öffentliche Beschaffungspolitik als Schlüssel der Transformation

sef: insight 11|2019

„It is about building community“

Interview mit Mariana Alegre über die Wiedergewinnung öffentlicher Räume in Lima und anderen Städten

Mit Ausnahme der sef: insight 3|2019 sind alle Ausgaben auch als Video-Interviews verfügbar.

Jahresbericht

Perspektiven auf Global Governance. Die sef: 2018

Jahresbericht

sef:/INEF News (deutsch/englisch)

Im Jahr 2019 sind 7 Ausgaben der sef:/INEF News in folgenden Monaten erschienen:
Februar, März, Mai, Juli, August, Oktober und Dezember.

Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:)

Development and Peace Foundation

Dechenstr. 2 | D-53115 Bonn

Tel +49 (0) 228 95925-10 | Fax +49 (0) 228 95925-99

sef@sef-bonn.org |  @sefbonn

www.sef-bonn.org